



FAZIT

Wirtschaft und mehr. Aus dem Süden.



Gezähmter Provokateur

Fazitgespräch mit
Christopher Drexler

April 2012 **Währung: Nach dem Euro ist vor dem Euro**
Balkan: Serbien will in die EU
Imperium: Ist Schriftsteller Christian Kracht ein Nazi?



Let's celebrate FAZIT.

LET'S PRINT.

Happy birthday FAZIT!

Wir wünschen FAZIT alles Gute zum achten Geburtstag und freuen uns auf aktuelle Wirtschafts- und Erfolgsgeschichten in den nächsten acht Jahren. Das Team von Leykam Let's Print, Goldmann Druck und Moraviapress. Let's create a great world. LET'S PRINT.



Z A H L D E S M O N A T S

8

In dieser Ausgabe steht die Acht für acht Jahre Fazit-Magazin und damit für acht Jahre redaktionelle Arbeit, Recherche und Berichterstattung in den Bereichen Wirtschaft, Industrie, Politik und Kultur. Acht Jahre Wirtschaftsmagazin bedeuten 80 Ausgaben, über zwei Millionen Exemplare, über 130 Millionen Seiten und damit eine Fülle von Informationen, spannenden Stories und gewinnbringenden Kooperationen mit unseren Kunden und Geschäftspartnern. In der christlichen Zahlensymbolik des Mittelalters ist die Acht die Zahl des glücklichen Anfangs, der Neugeburt, der geistigen Wiedergeburt und Symbol des Glücks. Und in diesem Sinne wünschen wir Ihnen, liebe Leser, und uns weitere glückliche Jahre! -gg-

JUNGE FÜR ALTE! ALTE FÜR JUNGE!

Wir wollen ...
... ein friedliches Miteinander,
... voneinander lernen,
... voneinander profitieren!

- ➔ ältere Menschen für das Ehrenamt begeistern!
- ➔ das Miteinander der Generationen stärken!

Mehr dazu unter
www.generationen.steiermark.at



8



Währung: Nach dem Euro ist vor dem Euro

Zwei große Fragen stehen hinter jeder Bankenrettung, jedem Regierungsgipfel und jedem Schuldenschnitt: Ist der Euro noch zu retten? Und was passiert, wenn nicht? Mit beiden Fragen beschäftigen wir uns ausführlich – und stellen mögliche Antworten vor.

24



Christopher Drexler im Fazitgespräch

Als Klubobmann der ÖVP war es lange Zeit seine Aufgabe, sich vom politischen Gegner – zu dem gehörte auch einmal die SPÖ – abzugrenzen. Heute tritt Christopher Drexler als Brautjungfer der steirischen Zweckehe auf. Mit viel Erfolg und immer noch scharfer Zunge.

36



Serbien ist offizieller Beitrittskandidat zur EU

Bis Serbien der Europäischen Union beitreten kann, werden noch einige Jahre vergehen. Das liegt nicht nur an der Weltwirtschafts- oder der Eurokrise, sondern vor allem an innenpolitischen Problemen. Die serbische Regierung sitzt dabei zwischen den Stühlen.

32 Basel III: Abschied vom Kredit?

Obwohl die Großbanken behaupten, dass es zu keiner Verschärfung der Kreditklemme durch Basel III kommen wird, befürchten zahlreiche Unternehmer, dass die Verschärfung der Eigenkapitalregeln für Banken dazu führen wird, sich nach Alternativen umschauen zu müssen.

42 Gründungsland Steiermark

Nach einem kurzen Einbruch im Krisenjahr 2009 setzt sich der Gründungsboom in der Steiermark ungemindert fort. Besonders interessant: Die meisten Neugründungen wurden von Frauen durchgeführt. Mehr als die Hälfte der Neugründungen fallen außerdem in die Kategorie Gewerbe und Handwerk.

52 Ein zweites Leben für alte Möbel

Gebrauchten Möbeln neues Leben einzuhauchen – diesem Ziel haben sich zahlreiche Integrationsunternehmen (SIU) verschrieben. Verkauft werden sie in eigenen Shops zu sozial fairen Preisen. Gefördert wird vom Land Steiermark in Kooperation mit Kika/Leiner.

62 Burn-out: Prävention in der Heiltherme

Immer mehr Heilthermen heften sich die »Burn-out-Prävention« auf die Fahnen. Ein Tapetenwechsel könnte gefährdeten Personen guttun. Besonders betroffen sind Selbstständige in Klein- und Kleinstbetrieben.

73 Krachts Imperium: Ästhetischer Totalitarismus

Der gefeierte Popliterat Christian Kracht schreibt in seinem neuen Roman »Imperium« unterhaltsam, komisch und im ironisch-artifiziellen Thomas-Mann-Stil. Ein abgründig-humorvoller, grotesker Abenteuerroman.

Wirtschaftlich top! Politisch tot.

Obwohl die weltwirtschaftliche Situation gut ist, steckt Europa in der Währungskrise. Obwohl die veröffentlichte Meinung etwas ganz anderes sagt, war der Euro eigentlich ein Erfolgsprojekt. Rund 20 Prozent der weltweiten Devisenbestände werden inzwischen in Euro gehalten. Außerdem ist die Eurozone immer noch signifikant niedriger verschuldet als etwa die USA mit ihrem Dollar oder Japan mit seinem Yen. Die EU ist mit ihrer Abkehr vom Prinzip „one state one money“ dennoch politisch gescheitert. Zu groß war die Versuchung für den wirtschaftlich schwächeren europäischen Süden, das niedrigere Euro-Zinsniveau dafür zu nützen, sich über beide Ohren zu verschulden. Das Projekt des Euro hätte in der Form, in der es vor zehn Jahren eingeführt wurde, wohl nur überleben können, wenn auf die Währungsunion eine politische Union gefolgt wäre. Mit dem Fiskalpakt versucht Deutschland nun zwar zu retten, was zu retten ist, doch kein einziges Mitgliedsland war bisher dazu bereit, sich zugunsten eines EU-Staatsgebildes aufzulösen. Dazu kommt, dass EU-Beschlüsse und -Verträge bezüglich ihrer Verbindlichkeit von den Mitgliedsländern völlig unterschiedlich interpretiert werden. Der Euro ist in seiner heutigen Form klinisch tot. Die Politik versucht ihn zwar so lange im Wachkoma zu halten, bis irgendjemand einen Königsweg aus der Krise findet. Doch viel wahrscheinlicher ist, dass es aufgrund von weiteren Staatspleiten zu noch größeren Rettungsschirmen und noch höheren EZB-Interventionen kommt. Und zwar so lange, bis auch Deutschland sich nicht mehr refinanzieren kann. Eine Währungsreform steht also ins Haus. Neben den Horrorszenarien, die diese einhergehend mit Hyperinflation und Massenarbeitslosigkeit sehen, gibt es aber auch Konzepte, die eine geordnete Neustrukturierung unseres Währungsraumes andeuten. Am weitesten vorgewagt hat sich diesbezüglich der ehemalige Präsident des Bundes der Deutschen Industrie Hans-Olaf Henkel mit seinem Konzept des „Nordeuro“, bei dem sich Deutschland, Österreich und die Benelux-Staaten als einigermaßen homogener Wirtschaftsraum aus der Eurozone herauslösen würden. Damit würde für die im alten Euro verbleibenden schwachen Volkswirtschaften der Weg für jene Abwertung frei werden, die sie so dringend brauchen. Noch ist der politische Widerstand gegen Henkels Ideen groß. Aber bereits am 22. April 2012 könnten die Karten völlig neu gemischt werden. Falls nämlich der Sozialist François Hollande Präsident von Frankreich werden sollte, hätte Angela Merkel keinen Grund mehr, auf die Franzosen Rücksicht zu nehmen. Denn Hollande hat bereits angekündigt, dass er nicht nur die zaghaften Reformen von Nicolas Sarkozy wieder rückgängig machen wird, sondern dass er auch den Fiskalpakt zugunsten Frankreichs neu verhandeln will. *Johannes Tandler*



INTERN



INITIATIVE In der Steiermark gibt es zwar zahlreiche Medien, doch die Zahl der Printverlage geht stetig zurück. Unabhängige steirische Verlage haben daher die »Initiative für Meinungs- und Verlagervielfalt« gegründet. Und bei ihren Lesern und

Kunden ernten sie großen Zuspruch. Denn viele Steierinnen und Steierer fürchten, dass marktbeherrschende Strukturen, ein lahmes Wettbewerbsrecht und eine Politik, die wegschaut, zu einem Marktversagen und monopolähnlichen Zuständen führen. FAZIT ist mit dabei und wird informieren, denn ohne Medienvielfalt ist auch die Demokratie in Gefahr!

RUBRIKEN

3 Zahl des Monats	40 Zur Lage
5 Zum Thema	50 Gut geplant
6 Editorial, WebWatch	59 Innovationsporträt
14 Politicks	72 Mist und Musts
30 Investor	72 Kultur undsoweiter
34 Recht haben	74 Schluss, Impressum

Sag mir, was Du bestellst, und ich sag Dir, was Du bist



Von Christian Klepej

SOS-Mitmensch hat dieser Tage wieder auf das Thema diskriminierender Speisennamen aufmerksam gemacht. In einer Aussendung der Wirtschaftskammer soll darauf hingewiesen worden sein, den »Mohr im Hemd« oder auch das »Zigeunerschnitzel« von den Speisekarten zu entfernen und durch neutrale Begriffe zu ersetzen. Im Detail stellte sich bald heraus, dass es keine Aussendung der WKO war, sondern bloß eine interne Diskussion der Gastgewerbeinnung. Diskriminierung gerade auch durch die Sprache darf und soll immer wieder aufgezeigt werden. Ich hege nur die Befürchtung, dass diesem grundsätzlich wichtigen Anliegen von Institutionen wie SOS-Mitmensch, wenn sie mit einer »Verbotsforderung« für den »Mohr im Hemd« einhergehen, ein Bärendienst erwiesen wird. Wenn die vereinigte österreichische Linke, in ihrer einfach gestrickten Welt, einen Besuch des WKRBalls mit dem Bekenntnis zum Nazitum gleichsetzt, dann lässt sich das noch irgendwie aushalten. Einen »Mohr im Hemd« zu bestellen (bzw. ihn als Gastwirt anzubieten) aber als »rassistisch« zu diffamieren, ist nicht mehr zu ertragen.

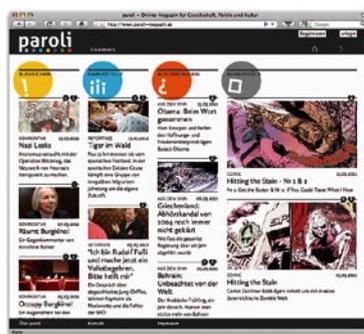
Und da geht es nicht darum, was irgendwelche Sprachwissenschaftlerinnen dazu beigesteuert haben. (Für die herrlich vom Herrn und dämlich von der Dame kommt. Herrlich dämlich!) Wissenschaftlich lässt sich alles beweisen. Und das genaue Gegenteil davon. Wobei ich ja gar nicht in Abrede stelle, dass es einen Unterschied zwischen Frankfurtern und Negerbrot geben mag, in der Herkunft ihrer Bezeichnung. In ihrer Verwendung sind die beiden Begriffe heute aber jedenfalls ident: Sie bezeichnen eine Speise und mehr nicht. Wir können es nur dem allgemeinen Sprachgebrauch überlassen, dass manche Begriffe langsam aus der Mode kommen, vergessen, nicht mehr verwendet werden. Wahrscheinlich ist das – etwa beim Negerbrot – ein wünschenswerter Zustand.

Es ist aber schade, dass etwa ich, der ich Buchteln mit Vanillesauce viel, viel lieber habe, denn aus meinem ureigensten Stolz heraus, beleidigt zu sein, wenn mir jemand unterstellt, rassistisch zu sein, die nächsten fünf Jahre wieder »Mohr im Hemd« bestellen muss. Und, sollte es »verboten« werden, auch am Schwarzmarkt ein Negerbrot kaufen würde. Aus Prinzip. Aus einem vielleicht dummen Prinzip heraus, aber aus Prinzip. Es darf nicht darum gehen, dass eine der beiden Seiten »recht« bekommt. Es muss darum gehen, dass Rassismus immer und überall zurückgedrängt wird. Verunmöglicht wird. Mit solchen Verbotsanliegen perpetuieren wir ihn. Da sind viele Österreicher schon weiter. *Christian Klepej, Herausgeber*

Sie erreichen den Autor unter christian.klepej@wmedia.at

Onlinejournalismus wird jetzt in Österreich ganz neu definiert

Mit einem neuen Onlinemagazin wollen Jungjournalisten den österreichischen Journalismus aufmischen. Neu ist dabei tatsächlich, dass die Autoren des »Paroli Magazins« stark auf multimediale Inhalte setzen. Derzeit ist noch keine kommerzielle Verwertung des Angebots geplant. Deshalb arbeiten die jungen Journalisten auch ehrenamtlich. Verstecken müssen sie sich aber dabei nicht, wie sie mit ihrer Einstiegsaktion, nämlich dem Anprangern prekärer Arbeitsverhältnisse in der Medienbranche, gezeigt haben. ■



paroli-magazin.at
Neues Magazin mit dem Ziel, den Onlinejournalismus zu verändern.

»Abnehmen 2.0« mit dem Smartphone von Apple

Der Jahreswechsel und die guten Vorsätze sind längst vorbei. Mit Frühlingsbeginn merkt man dann, dass die Strandfigur vorerst Wunschdenken geblieben ist. Eine App(likation) am iPhone soll nun Abhilfe schaffen und den User beim Abnehmen helfen. Mit »iJoule« bekommt man nicht nur regelmäßig Tipps, sondern auch Übungen und Tricks verraten. Tägliche Erinnerungen lassen gar nicht erst den faulen Hund aufkommen. Leider ist die Anwendung nur auf Apple-Produkten verfügbar. ■

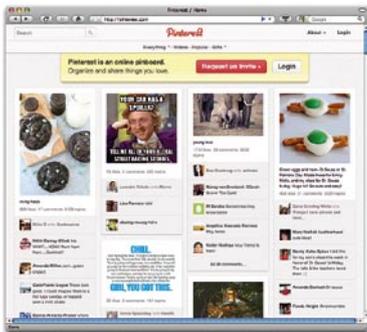


ijoule.com
Abnehmen leicht gemacht. Eine App am iPhone erinnert täglich an die Abnehmregeln.

Ersurfenswerte Webseiten zusammengestellt
von Christian Klepej, Michael Neumayr und Michael Thurn

Bookmarking wird sozial und weiblicher

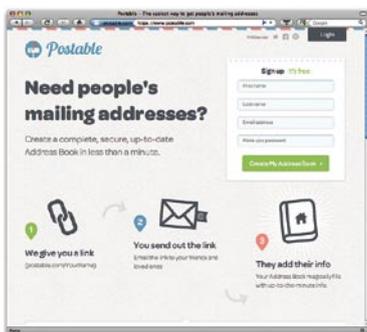
Im Grunde ist Pinterest nichts Neues. Auf einer virtuellen Pinnwand sammelt man Fundstücke aus dem Internet und teilt sie seinem Freundeskreis und der Öffentlichkeit mit. Neu ist die erschlossene Zielgruppe. Vor allem Frauen tauschen dem »Google Ad Planner« zufolge auf Pinterest Ideen zu den Themen Mode, Rezepte, Dekoration in der Wohnung und Hochzeiten aus. Das ist ungewöhnlich, da neue Web-2.0-Plattformen sonst eher männlich dominiert sind. Derzeit ist Pinterest nur auf Englisch verfügbar. ■



*pinterest.com
Auf Pinterest kann man
Inspirationen und Fundstücke
sammeln und teilen.*

Das Revival der guten alten Briefpost auch im Netz

Heutzutage kennen wir ja nur mehr E-Mailadressen und Mobiltelefonnummern von unseren Bekannten. Ab und an, etwa bei einer Hochzeit oder einer anderen großen Feier, will man dann doch eine richtig gedruckte Einladung verschicken. Wo nimmt man dann die Adressen her? Postable bietet da Abhilfe. Ein eigenes Konto ist blitzschnell angelegt, dann verschickt man nur mehr eine Mail an alle Freunde mit dem Link zu »Postable«. Dort können diese dann ihre genaue Anschrift hinterlassen. Wenn sie es wollen. ■



*postable.com
Wenn dann doch eine
gedruckte Einladung die
Freunde erreichen soll.*

Alles da,
was Sie
brauchen

Maßgeschneiderte Lösungen für Ihr Unternehmen.

- 25.000 m2 bestens ausgestattete Büro- und Gewerbeflächen
- Flexible Räumlichkeiten ab 50 m2
- Seminar- und Veranstaltungsräume
- Restaurant und 4-Sterne-Hotel
- Parkplätze und Hochgarage
- großzügige Freiflächen am Gelände

Einzigartige Infrastruktur.

- Beste Verkehrsanbindung direkt an der A9 - Knoten Graz West
- Flughafen Graz in unmittelbarer Nähe
- direkt angrenzend an das Schwarzl Freizeitzentrum

www.ibc-graz.at

IBC
international
businesscenter

Nach dem EURO

Das Ende der europäischen Währungsunion ist kein Tabu mehr. Ein britischer Lord hat sogar ein Preisgeld von 250.000 Pfund für das beste Konzept zum Ende des Euro ausgeschrieben. Doch trotz aller Abgesänge auf das größte Wirtschaftsprjekt der letzten 60 Jahre laufen die Alternativen dazu wieder auf eine neue Währungsunion hinaus. Eine Rückkehr zu den nationalen Währungen hält kaum ein Ökonom oder Politiker für sinnvoll. Aus gutem Grund.

VON MICHAEL THURM
MITARBEIT: JOHANNES TANDL

Ein Ende naht, aber wir wissen nicht welches. Seit vier Jahren scheinen die währungspolitischen Gefüge des Euroraumes nun schon gestört. So gestört, dass sie von den Stammtischen, den meisten Journalisten und zahlreichen Unternehmern für irreparabel gehalten werden. Und mit jedem Krisengipfel festigt sich dieser Eindruck. Dabei sind Wirtschaftskrisen und die Mühsal bei deren Überwindung grundsätzlich keine Anomalien, sie gehören zum Zyklus aus Rezession und Aufschwung. Nach guten Jahren folgen schlechte Jahre und irgendwann geht es immer wieder bergauf. Zumindest auf diese Regelmäßigkeiten lässt sich die Weltwirtschaftsgeschichte reduzieren. Von einer „normalen Wirtschaftskrise“ spricht allerdings seit 2010 kaum noch jemand, denn diese ist, betrachtet man Börsenentwicklung, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, nur noch bedingt zu erkennen. Die Wirtschaftsleistung (BIP) in Österreich liegt längst um 5.000 Euro pro Kopf über dem Niveau von 2006 und 2007, wir sind also bereits in den „guten Jahren“. 2011 wurde für Österreich sogar zum Rekordjahr bei Importen und Exporten. Der deutsche Aktienindex liegt oberhalb von 7.000 Punkten und damit nur noch etwa 1.000 Punkte unter dem Allzeithoch von 2007.

Die aktuelle „Krise“ findet in einer Parallelwelt statt, die aber so nah ist, dass sie immer wieder chaotische Auswirkungen auf die Preisentwicklung, den Zinssatz und vor allem auf die öffentliche Diskussion hat. Durchgesetzt hat sich dafür das eingrenzende Schlagwort „Schuldenkrise“. Dieses lokalisiert die Probleme allerdings etwas zu selbstverständlich an jenem Ort, an dem sie momentan am deut-

lichsten werden: in den Bilanzen der Nationalstaaten. Zwar sind die Schuldenstände, die sich dort seit über 60 Jahren angesammelt haben, längst jenseits aller Maastricht-Kriterien und damit jenseits von allem, was als gesunder Staatshaushalt bezeichnet werden kann, aber diese Schulden waren und sind „systemrelevant“ für unseren Wohlstand und unser Wirtschaftswachstum. Und sie werden deren Ende sein, wenn die Schulden so sehr überhand nehmen, dass sie das Kreditssystem der Realwirtschaft – die Basis eben dieses Wohlstandes – zum Stillstand bringen.

Noch bleibt alles, was seit zwei Jahren unter dem Schlagwort „Krise“ passiert, ohne wesentliche Folgen für die produzierende Wirtschaft und damit für die Beschäftigungszahlen. Trotzdem sorgt es für große und nachvollziehbare Unsicherheiten. Die zentrale Frage von Unternehmen, Medien und über 325 Millionen Einwohnern der Eurozone ist, wie und ob es mit dem Euro weitergeht. Und – wie auch immer es laufen wird – mit welchen spürbaren Auswirkungen auf das tägliche Leben zu rechnen ist.

Zusammenbruch? Vielleicht beim nächsten Mal

Auch wenn die gefühlte und medial vermittelte Gefahr größer ist als je zuvor, könnte sich ein jeder mit etwas Ignoranz für die Strukturprobleme der europäischen Staaten ruhigen Gewissens auf den nächsten Aufschwung verlassen. Doch von dieser Sicherheit sind wir zu Recht noch weit entfernt. Aufgrund der starken wirtschaftspolitischen Abhängigkeiten, die innerhalb der Eurozone bestehen und die durch das Engagement der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Rettungsmechanismen (ESFS und ESM) verstärkt werden, sind die eklatanten Probleme einzelner Nationalstaaten zum Problem aller beteiligten und ebenfalls mit proble-

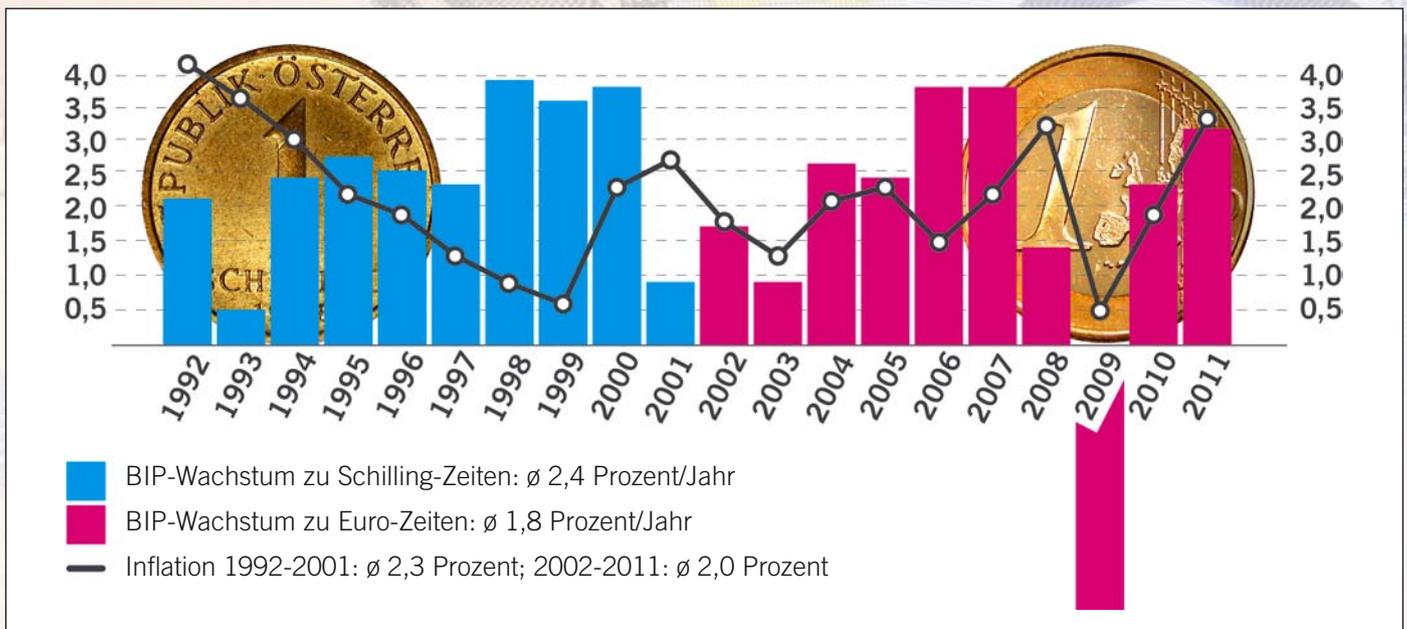
matischen Haushalten belasteten Staaten geworden. Musterschüler gibt es keine. Daher ist die Schuldenkrise in Griechenland, die dort längst eine Wirtschaftskrise mit brutalen Folgen für die Bevölkerung ist, auch ein Problem für die politischen Partner innerhalb der Europäischen Union. Dazu gehört nun einmal Österreich, das Kredite im Rahmen von geschätzten vier bis fünf Milliarden an griechische Banken und Unternehmen vergeben hat, über die EZB indirekt 2,87 Milliarden Euro und über den dauerhaften Rettungsschirm ESM noch einmal weitere 2,39 Milliarden Euro investiert hat. Nicht mitgerechnet sind Garantien und Bürgschaften für den Fall der totalen Zahlungsunfähigkeit im Umfang von über 20 Milliarden Euro.

Wie Österreich vom Euro profitiert

Allerdings sind diese Investitionen bis jetzt kein schlechtes Geschäft für Österreich: Bis zum Schuldenschnitt Anfang März flossen aus Griechenland 62 Millionen Euro an Zinsen in die österreichische Staatskasse. Und von diesem Schuldenschnitt blieben zumindest die staatlichen Verbindlichkeiten verschont. Bisher. Getroffen hat es die privaten Gläubiger. Diese erließen dem griechischen Staat 600 Millionen Euro an Schulden.

Doch nicht erst seit den gut verzinsten Rettungsprogrammen profitiert Österreich von der Euro-Mitgliedschaft. Die viel beschworene Legende vom Euro als Teuro wird nicht richtig, wenn sie aufgrund ihrer phonetischen Qualität ständig wiederholt wird. Nein, durch den Euro ist das Leben nicht teurer geworden. Dem widerspricht sowohl die Statistik als auch die gründlich überprüfte Alltagserfahrung. Zwar sind die Kosten für Dinge des täglichen Bedarfs gestiegen – vor allem für Lebensmittel und Energie –, dafür sind

ist vor dem **EURO**



aber die Kosten für langfristige Anschaffungen und Dienstleistungen gesunken, also für Frisörbesuche, Miete, Autos und Computer. Und das bei gleichzeitig exponentieller Entwicklung der Leistungsfähigkeit. Ein Laptop im Jahr 2005 – der Autor dieses Textes kann sich gut erinnern – hat über eintausend Euro gekostet und lieferte nur ein Drittel jener Leistung, die heutige Modelle um die Hälfte des Preises bieten. Solche Anschaffungen sind zwar seltener, aber die Preisänderungen in diesen Sektoren reichen laut Statistik aus, um den Anstieg bei den Lebensmitteln auszugleichen. Der Anstieg des Verbraucherpreisindex von 1992 bis 2001, also in den letzten zehn Jahren des Schillings, betrug je nach Berechnung 2,1 Prozent (EU-Standard) bzw. 2,3 Prozent (österreichische Berechnung). In den zehn Jahren seit Einführung des Euro waren es nur 1,9 bzw. 2,0 Prozent.

Ein weiteres Indiz für die positiven Effekte der Euro-Einführung veröffentlichte vor kurzem das amerikanische McKinsey-Institut. Laut dessen Studie ist Österreich sogar jenes Land, das am meisten von der Einführung des Euro profitiert habe: 22 Milliarden Euro, das sind fast acht Prozent der heimischen Wirtschaftsleistung, habe die österreichische Wirtschaft dank der Währungsunion und den damit verbunden Vorteilen gewonnen. Laut Berechnungen der Europäischen Kommission und nahestehender Organisationen, die sicherlich mit Vorsicht zu genießen sind, habe jeder Österreicher durch EU- und Euro-Mitgliedschaft 800 Euro im Jahr gewonnen. Die Grenzöffnung erspart jährlich geschätzte vier Milliarden Euro aufgrund wegfallender Transaktionskosten wie Zoll oder Wartezeiten an der Grenze. Auch die Absicherungen gegen Währungsabwertungen in den wichtigsten Partnerländern sind nicht mehr nötig.

Vor allem aber schützt der Euro die tendenziell höherwertige Produktion in Österreich vor dem Preisdumping europäischer Mitbewerber. Diese müssen seit Bestehen der Währungsunion ihre Qualitätsstandards auf das Niveau von Deutschland und Österreich bringen, um am Markt bestehen zu können. Länder wie Griechenland und Italien können ihre Produkte nicht mehr allein durch Währungsabwertung und damit verbundene Gewinne bei der Preisbildung wettmachen. Das ist vor allem ein Vorteil für Österreich, aber auch einer der Gründe, warum Griechenland kaum noch funktionierende Wirtschaftszweige hat.

Wohlstand heißt Verantwortung

Aus dieser eindeutigen Gewinnerposition heraus folgen zwei Schlüsse für Österreich: Zum Ersten ist der Verbleib in einem möglichst großen Währungsraum wünschenswert, solange die mittelfristigen Kosten dafür nicht größer als die relativen Gewinne sind. Und zum Zweiten: Ein Gewinn, der aus einer strukturellen Benachteiligung eines anderen Landes entsteht, muss zumindest kompensiert, wenn nicht ausgeglichen werden. Diese Solidarität kennen die meisten Staaten als Länderfinanzausgleich und dieser hat in der größeren Dimension der Währungsunion auch seine Berechtigung. Dabei muss man keineswegs so weit gehen, jede Sparanstrengung im Keim zu ersticken, denn das führt auf Geber- und Nehmerseite zu weniger Wirtschaftsleistung. Aber wenn Österreich weiter vom gemeinsamen europäischen Binnenmarkt profitieren will, muss es bereit sein, jenen Ländern Anreize zu bieten, die einen Vorteil durch eine eigenen Währung hätten – und davon kann Griechenland im Moment ausgehen.

Schließlich gewinnen die starken Volkswirtschaften durch die Währungsunion überproportional mehr als schwache Volkswirtschaften. Auch dies ist ein Ergebnis der McKinsey-Studie. Daraus ergibt sich ein wirtschaftliches Gefälle, das aus traditionellen, moralischen und ökonomischen Gründen zur Aufteilung Europas in Geber- und Nehmerländer geführt hat. Das hat nichts damit zu tun, dass wir „für die Griechen“ zahlen, sondern ist in unserem eigenen Interesse. Denn nur wenn diese Länder Wirtschaftswachstum haben und die dortige Bevölkerung und Wirtschaft ausreichend Geld verdient, um die Güter der starken Wirtschaftsländer zu importieren, bleibt der Kreislauf aufrecht, der auch hier Arbeitsplätze und Wohlstand schafft. Ebenso wenig, wie die Steiermark oder Tirol allein vom Tourismus leben könnten, kann es Griechenland. Dabei sollen die Abhängigkeiten von solchen Zahlungen selbstverständlich nicht zu groß werden, aber sie vollkommen auszuschließen würde einen gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum verunmöglichen und jegliche Rettungsanstrengungen, die aktuell unternommen werden, ad absurdum führen.

Denn eines ist klar: Griechenland ist nicht Österreichs Hauptkonkurrent auf dem Weltmarkt. Nein, die wirtschaftlichen Kämpfe um zahlende Abnehmer werden vor allem mit und in China, Indien, Brasilien und der Türkei ausgetragen. Dort gibt es viele Menschen

mit einem Bedürfnis nach Wohlstand. Dort gibt es aber auch einen harten Kampf um Preise, Leistungen und um den zu erzielenden Gewinn. Denn diese Länder haben zum einen genug Kapital und Köpfe im Land, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Zum anderen besteht bei ihnen weiter die Möglichkeit, wirtschaftliche Schwächen durch Währungsabwertung auszugleichen.

Ist noch etwas zu retten?

So wünschenswert der Verbleib Österreichs innerhalb einer Währungsunion ist, so kann er weder um jeden Preis noch mit allen Mitteln gelingen. Trotz aller Vorteile des Euro war er nicht gut genug, die Fehler, die seit fünfzig Jahren in fast allen Staaten gemacht werden, zu kompensieren. Die Verantwortung für die Staatsverschuldung jetzt dem Euro zu geben, wäre ein plumper Kurzschluss – durch den Euro haben sich nur die Abhängigkeiten und Verantwortlichkeiten von den einzelnen Staaten auf alle Teilnehmer der Währungsunion verlagert. Die Zurückhaltung von Tschechien und dem Vereinigten Königreich hat gezeigt, was die wichtigsten Player der Europäischen Union ohne den Euro von den Bemühungen halten.

Und wir stehen nun vor der Situation, dass der Erhalt des Euro ohne Währungsreform oder massive Inflation – die sich niemand wünschen kann – eine schwierige und vor allem sehr langfristige Aufgabe wird. Wenn es denn überhaupt möglich ist. Denn die angehäuften Staatsschulden werden sich, wenn überhaupt ohne radikale Schritte, nur sehr mühsam reduzieren lassen. Die Sparpakete der einzelnen Nationalstaaten sind der Versuch, genau dies zu tun – gleichzeitig sind sich zahlreiche Nicht-Politiker einig, dass dies der falsche Weg ist. Anhänger der Theorie von John Maynard Keynes und Wirtschaftsforscher wie Stephan Schulmeister treten bei ihren regelmäßigen Besuchen in Talkshows oder in diversen Gastkommentaren in den Zeitungen vehement dafür ein, dass jetzt der völlig falsche Zeitpunkt zum Sparen sei und stattdessen mit Investitionen für Wirtschaftswachstum gesorgt werden müsse.

Viele, wie zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, erinnern mahnend an den ehemaligen deutschen Reichskanzler Heinrich Brüning, der mit seinen Sparmaßnahmen von 1930 bis 1932 auch nichts erreicht hat, außer dass er einer der letzten friedlichen Kanzler vor Adolf Hitler war: Dieser erst hat dann mit seinen Kriegsvorbereitungen jene wirtschaftlichen Impulse gesetzt, für die ihn einige Irregeleitete noch heute glorifizieren.

Doch die Volkswirtschaften im 21. Jahrhundert haben mehr Möglichkeiten als Rüstungsproduktion oder Autobahnbau. Mit dem Umstieg zur erneuerbaren Energie liegt nicht nur ein politisch beliebtes Thema, sondern auch ein wirtschaftlich vielversprechendes Projekt offen da. Die Investitionen, die heute dort getätigt werden, bringen Beschäftigung und Wirtschaftswachstum und könnten es aufgrund der dadurch steigenden Energieunabhängigkeit mittelfristig möglich machen, Schulden abzubauen. Zumindest wenn die Investitionen jetzt hoch genug ausfallen, die Wirtschaft gut läuft und die Subventionen rechtzeitig wieder eingestellt werden können. So sieht es zumindest die keynesianische Wirtschaftstheorie vor. Für Deutschland und Österreich gilt das schon jetzt. Hier haben die Konjunkturmaßnahmen von 2008 und 2009 zumindest so gut funktioniert, dass wir seit 2010 wieder ein Wirtschaftswachstum von über zwei Prozent haben.

Aber die Bedenken an diesem Modell sind ebenso groß wie berechtigt. Denn die Erfahrung lehrt auch, dass es kaum einer Regierung gelingt, in guten Zeiten die notwendige Konsequenz für Spar-

maßnahmen aufzubringen. Ob es überhaupt möglich ist, aus den schuldenfinanzierten Staatsinvestitionen mehr Steuergewinne zu lukrieren, als durch die Konjunkturprogramme ausgegeben wurde, hat noch keine Volkswirtschaft belegen können. Die notwendigen Hartz-IV-Reformen in Deutschland sind das beste Beispiel für die Schwierigkeiten von Strukturreformen in guten Zeiten: Sie haben Gerhard Schröder und die SPD nicht nur die Kanzlerschaft gekostet, sondern bis heute das Vertrauen zahlreicher Wähler. Die noch heute umstrittenen Reformen, die jetzt in unterschiedlicher Weise überall diskutiert werden, brachten nur im Ausland Lob ein. In Deutschland selbst distanzieren sich die Parteifreunde Schröders noch immer und Angela Merkel profitiert mit ihrer Regierung von einem relativ schlank gehaltenen Sozialsystem. Dabei ist Deutschland ja der harmloseste aller denkbaren Fälle.

Schwierig steht es um jene Staaten, deren Verschuldung zum gesamteuropäischen Problem geworden ist und deren Wirtschaft eben nicht solche Wachstumsraten hat wie jene in Österreich und Deutschland. Noch dazu stehen sie mit ihrer Wirtschaftsleistung insgesamt hinten an. Aufgrund der geringen Produktion fehlen auf der Einnahmenseite die entsprechenden Beschäftigten (und damit Steuerzahler) und gleichzeitig haben diese Länder wegen der hohen Arbeitslosigkeit ungleich mehr Menschen mit Sozialleistungen zu versorgen. Bevor dort gespart werden kann, muss erst einmal Wirtschaftswachstum entstehen. So paradox es klingen mag: Die Europäer (und damit auch die Österreicher) sollten in Griechenland investieren, trotz der dortigen Schulden. Und sie sollten im eigenen Land sparen. Trotz der vergleichsweise guten Situation. Zumindest wenn die oben angeführten Vorteile der Währungsunion weiter bestehen bleiben sollen, ohne dass Länder wie Griechenland langfristig in Abhängigkeit gehalten werden.

Wer hat das beste Konzept zum Ausstieg aus dem Euro? Ein Gewinner wurde bis zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt gegeben.

Diese Investitionen dürfen aber nicht mit jenen Maßnahmen verwechselt werden, die jetzt in Form von Stabilitätsmechanismen und Rettungsschirmen beschlossen wurden, um die Inhaber griechischer Staatsanleihen abzusichern und auszubezahlen. Erst der aktuelle Schuldenschnitt könnte Griechenland wieder handlungsfähiger machen. Der halbe Staatsbankrott ist vollzogen, aber keiner kann wissen, ob das genügen wird, um wieder genug liquide Mittel zur Kreditvergabe zu finden. Wie dieses Geld investiert wird, nämlich in Wirtschaftswachstum, soll, muss und darf selbstverständlich von der Europäischen Kommission und dem Parlament überwacht werden. Der Europäische Rat, bestehend aus den Regierungschefs, tut es so oder so. Kurz gesagt: Die griechische Zins- und Schuldenlast muss so sehr reduziert werden, dass neue Schulden für Konjunkturprogramme genutzt werden können, um durch Wirtschaftswachstum jene Steuern überhaupt erst möglich zu machen, die eine wirtschaftliche Selbstständigkeit Griechenlands erlauben.

www.diagonale.at

Das alles kann unter großem Engagement von Deutschland, der EZB und den anderen starken Volkswirtschaften auch mit dem Euro gelingen – immer unter der Voraussetzung, dass eine gute Konjunktur auch Überschüsse in den Budgets der Nationalstaaten bewirkt und Politiker diese zur Schuldenreduktion verwenden. Und zwar mit einem Zeithorizont, der weit über eine Legislaturperiode hinausgeht. Aber es gibt weder Garantie noch Sicherheit, dass die Konsequenz der Beteiligten und die Bestätigung von wirtschaftstheoretischen Prognosen zu dem gewünschten Ende führen. Ebenso wenig gibt es diese Sicherheit für die Alternativen zur Eurozone, die immer häufiger, ernsthafter und seriöser diskutiert werden. Auch diese bergen Risiken, aber das Mantra von Angela Merkel »Scheitert der Euro, dann scheitert Europa« hat mindestens an Glaubwürdigkeit verloren, wenn es nicht längst zur Floskel verkommen ist.

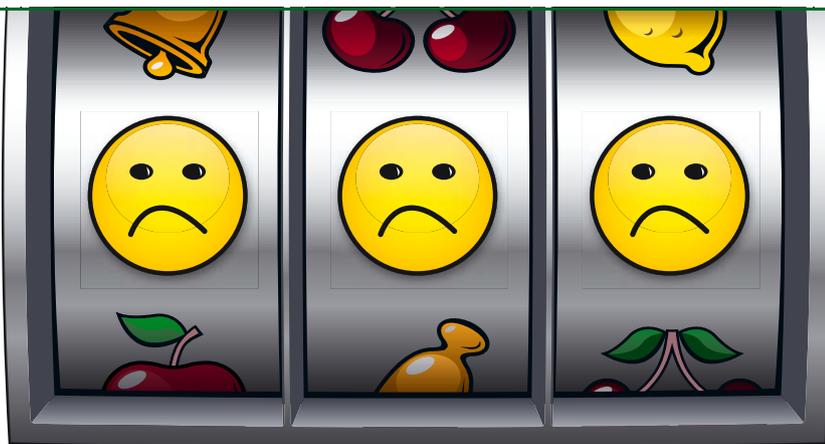
Die Alternativen. So funktioniert die Umstellung

Gehen wir für einen Moment davon aus, dass nichts mehr zu retten ist. Denn auch das gehört zur Aufgabe und Freude von Journalisten und Wirtschaftsforschern: das Gedankenspiel mit dem Zusammenbruch. Denn dieser muss keineswegs chaotisch erfolgen, sondern er könnte ganz geordnet an einem verlängerten Wochenende stattfinden. Zahlreiche Unternehmer, aber auch einige Politiker versuchen ernsthafte Szenarien zu entwerfen und lassen sich dies zum Teil auch etwas kosten. Der englische Lord Simon Wolfson ist nicht nur Mitglied des britischen Oberhauses, sondern hat auch einen Wettbewerb über 250.000 Pfund ausgeschrieben: Wer hat das beste Konzept zum Ausstieg aus dem Euro? Ein Gewinner wurde bis zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt gegeben, aber es soll zahlreiche ernsthafte Einsendungen gegeben haben.

Foto: TaxBrackets.org Grafik: Fazit

Der ehemalige Präsident des Bundes der Deutschen Industrie Hans-Olaf Henkel hat mit seiner Idee des „Nordeuro“ nicht nur in Deutschland für großes Aufsehen gesorgt. Und nachdem der Volkswirt Dirk Meyer diesen Ansatz in ein Konzept zur Währungsreform gefasst hat, liegt bereits eine gereifte Option auf dem Tisch, wie sich die unterschiedlichen Ziele der Euroländer durch die Schaffung von zwei Währungsräumen umsetzen lassen. Henkel will, dass jeweils nur Länder mit ähnlich homogenen Volkswirtschaften in einen Währungsraum zusammengefasst werden. Für den „Nordeuro“ seien Deutschland, die Benelux-Staaten, Finnland und Österreich prädestiniert. Außerdem sollen Tschechien und Dänemark Beitrittsoptionen erhalten, weil auch diese Volkswirtschaften vor allem Währungsstabilität benötigen, um erfolgreich bleiben zu können. Länder wie Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, die ihre Wirtschaft vor der Euro-Einführung traditionell über eine kontinuierliche Abwertung wettbewerbsfähig gehalten haben und sich dadurch nebenbei auch permanent entschulden konnten, soll durch einen weicheren „Südeuro“ die Möglichkeit geboten werden, zu ihrem traditionellen Geschäftsmodell zurückzukehren.

Für die technische Umstellung hat Dirk Meyer folgendes Szenario entwickelt: Am Beginn steht die Ankündigung, den „Nordeuro“ einzuführen. Danach haben die Bürger ein bis zwei Tage lang Zeit, ihr Bargeld bei den Banken mit fälschungssicherer magnetischer Tinte abstempeln zu lassen und somit als „Nordeuro“ zu deklarieren. Dieses gestempelte Geld soll bis zur Einführung neuer Banknoten in Umlauf bleiben. Mit der kurzen Frist zum Abstempeln soll vermieden werden, dass auch Bewohner anderer Euroländer ihr Geld in den neuen, höher bewerteten „Nordeuro“ umtauschen



HELPLINE
0800 / 204 203
kostenfrei!

WENN DAS AUTOMATENSPIEL ZUR SUCHT WIRD...

Die Unternehmer der steirischen Automatenwirtschaft stellen Mittel für den Betrieb der HELPLINE, einer Maßnahme zur Be-

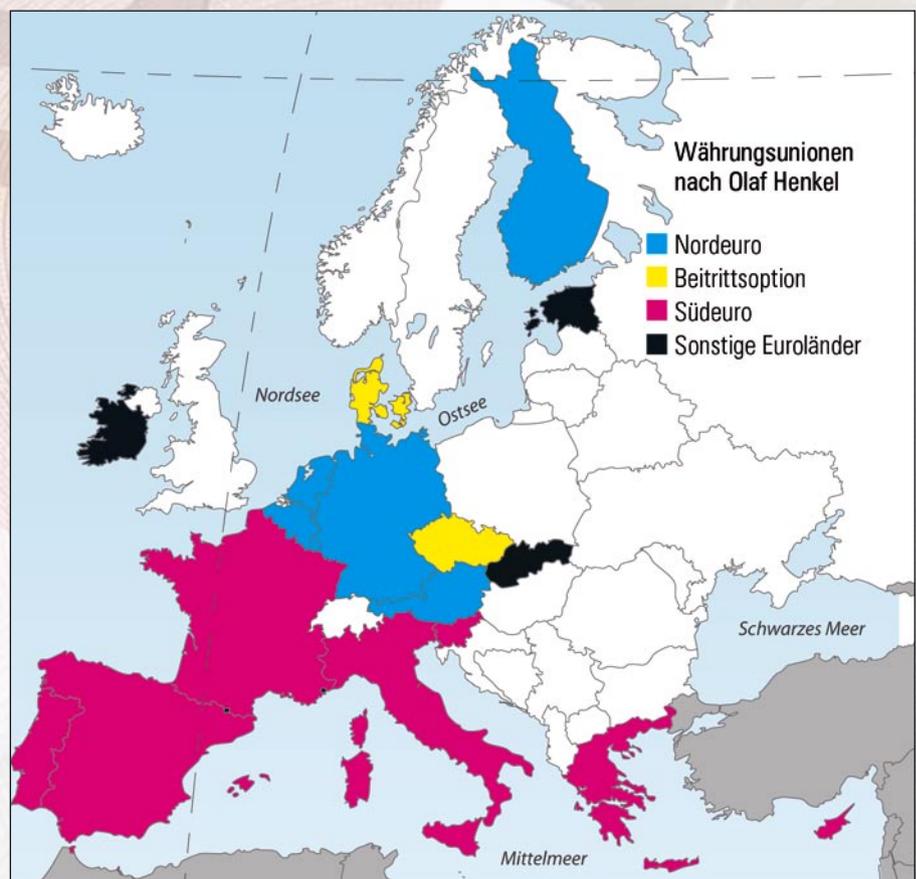
kämpfung der Spielsucht, zur Verfügung. Spezialisierte Suchttherapeuten sorgen hier für die bestmögliche Betreuung.

Wir helfen: rasch, unbürokratisch & effizient



können. Nach dieser heißen Phase beginnt die eigentliche Umstellung, die etwa ein Jahr lang dauern soll. Jene Länder, die für den „Nordeuro“ nicht in Frage kommen, verbleiben im Euro, der dadurch automatisch zum „Südeuro“ mutiert. Meyer schätzt die Kosten für die Währungsumstellung für Deutschland auf etwa 20 Milliarden Euro, was ungefähr einem Prozent des deutschen BIP entspricht. Die volkswirtschaftlichen Kosten der Reform bewertet er einmalig mit insgesamt 250 bis 340 Milliarden Euro. Demgegenüber stünden Kosten von jährlich 80 Milliarden Euro, die Deutschland laut Meyer für die Aufrechterhaltung des derzeitigen Euroraumes zahlen müsste. Die Umstellung würde sich daher bereits nach etwa fünf bis zehn Jahren rechnen.

Trotzdem ist auch dieses Szenario nicht frei von Unsicherheiten. Die Benelux-Staaten sind jene Länder, bei denen Griechenland die meisten Schulden tilgen muss. Und ob das ebenfalls höchst defizitäre Belgien einen eventuellen Schuldenschnitt verkraften würde, wenn Griechenland diesen benötigt, kann niemand vorhersagen. Weder das Ende der bisherigen Währungsunion noch das Fortbestehen des Euro ist alternativlos. Allein die Unsicherheit ist und bleibt es. ■



AKTIONSFahrzeuge von

DENZEL

Graz



Aktionspreis: € 14.990,-
netto exkl. MwSt.

Fiat Scudo KW Business

90 PS, EURO 5, Klimaanlage, 3 Sitzplätze, elektr. Fensterheber, Zentralverriegelung mit Funk, uvm.



Aktionspreis: € 15.990,-
netto exkl. MwSt.

Fiat Ducato L1H1

115 PS, EURO 5, Klimaanlage, 3 Sitzplätze, elektr. Fensterheber, Zentralverriegelung mit Funk, uvm.



Aktionspreis: € 22.990,-
netto exkl. MwSt.

Fiat Ducato KW Maxi L4H2

Tageszulassung 02/2012, 130 PS, EURO 5, ohne KM, Klimaautomatik, Techno Armaturenbrett, Orig. Radio, Blue&Me Freisprecheinrichtung, doppelte Federung hinten, 270 Grad Hecktüröffnung, uvm.

Alle Preise exkl. MwSt. Preisänderungen jederzeit möglich. Abbildungen sind Symbolfotos. Irrtümer, Druckfehler und Zwischenverkauf vorbehalten.

DENZEL
Graz

Kundencenter GRAZ
Wetzelsdorfer Straße 35, Tel. 0316/507-0
www.denzel.at



Gegen Kampusch-Aufdecker Werner Amon wird wegen Geldwäsche ermittelt.



Justizministerin Beatrix Karl verbittet sich Angriffe auf die Staatsanwaltschaft.



Die SPÖ steht hinter ihrem Chef. Franz Voves wurde in Bruck mit mehr als 93 Prozent bestätigt.



Landesrat Christian Buchmann stoppt das umstrittene Projekt „Beta-Lab“.

Amon der Geldwäscher?

Jeder, der schon einmal in einer Werbe- oder Marketingabteilung eines größeren Unternehmens oder einer Institution gearbeitet hat, kennt die Briefe aus den Parteizentralen, mit denen die Parteisekretäre um Inserate, Spenden, Sponsoring oder was auch immer ersuchen. Und ein Blick in die Partei-Postillen aller Couleurs zeigt, dass zahlreiche Unternehmen und Institutionen gerne darauf reagieren. Dazu gehören nicht nur Landes-EVU, die dem jeweiligen Lager zugeordneten Banken und Versicherungen, die Post und natürlich die Telekom, sondern auch ganz normale, im täglichen Wettbewerb stehende Klein- und Mittelbetriebe, die auf einmal im Verdacht stehen, sich die Unterstützung der Mächtigen erkaufen zu wollen. Dabei macht ein Marketing-Engagement bei einer politischen Partei für viele Unternehmen ökonomisch durchaus Sinn: denn Parteimitglieder sind in aller Regel gut situiert, haben regelmäßige Einkommen und zählen darüber hinaus als gesellschaftliche Stützen und „Opinion-Leader“.

Nehmen wir zum Beispiel die ÖVP-Arbeitnehmerorganisation ÖAAB. Dessen ehemaliger Generalsekretär Werner Amon hat erfolgreich bei der Telekom akquiriert und 10.000 Euro für die Zeitschrift „Die Freiheit“ erhalten. Ganz egal ob die Gegenleistung ein Inserat oder eine Beilage war oder ob es sich um einen nicht gewidmeten Druckkostenbeitrag handelte: Bei den ÖAAB-Mitgliedern handelt es sich überwiegend um unkündbare Bundes- und Landesbedienstete. Wer mit Ihnen ins Geschäft kommt, der hat schon fast gewonnen, weil ihm langfristige Geschäftsbeziehungen ins Haus stehen. Und so gibt es für Parteimitglieder zahlreiche Sondervereinbarungen von der günstigeren Versicherung bis zum besonders preiswerten Handytarif oder Urlaubsangebot, auf die sich Unternehmen gerne einlassen, um an diese begehrte Zielgruppe heranzukommen. Geschäfte zwischen großen Unternehmen und den Parteien zu inkriminieren, geht daher völlig an den Korruptions- und Amigo-Problemen vorbei, unter denen Österreich traditionell leidet. Die Justiz wirft dem parlamentarischen Kampusch-Aufdecker Werner Amon in diesem Zusammenhang übrigens ausgerechnet Geldwäsche vor. Und das erscheint gleichermaßen skurril, wie die kruden Verschwörungstheorien, die ÖVP-Klubobmann Karl-Heinz Kopf in Bezug auf die Staatsanwaltschaft von sich gegeben hat. Amons unmittelbare Nachfolgerin als ÖAAB-General war übrigens die amtierende Justizministerin Beatrix Karl. Dass sie keine

andere Wahl hat, als die Staatsanwaltschaft vor politischen und medialen Angriffen zu verteidigen, liegt auf der Hand.

Voves macht auf Parteitag Stimmung für Reformkurs und EU

Dass Landeshauptmann Franz Voves mit über 93 Prozent der Delegiertenstimmen als steirischer SPÖ-Chef bestätigt wurde, zeigt, dass auf Parteitag Disziplin vor Konfliktkultur geht. Die SPÖ-Versammlung in einem Zelt auf dem Brucker Hauptplatz war dennoch kein klassischer Jubelparteitag. Voves schenkte den 2000 Getreuen reinen Wein ein und kündigte einmal mehr an, dass die Zeiten des Verteilens vorbei seien. Und obwohl die Reformen der roten Seele weh tun, sitzt er fester denn je im Sattel. Wie der Landeshauptmann seinem VP-Gegenüber Hermann Schützenhöfer selbst auf dem Parteitag Rosen streute, passt in das harmonische Bild, das die Reformpartner in der Öffentlichkeit abzugeben versuchen. Dass die Delegierten auf das Schützenhöfer-Lob mit spontanem Beifall reagierten, überraschte dennoch. Es ist Voves gelungen, die Partei von der Alternativenlosigkeit des Reformkurses zu überzeugen. Viele Sozialdemokraten außerhalb der Steiermark sehen in ihm sogar schon einen Heilsbringer für Bundes-SPÖ. Bemerkenswert war auch das Bekenntnis zu Europa, das der Landeshauptmann abgab: „Frieden und Wohlstand gibt es nur, wenn das gemeinsame Projekt Europa gelingt, mit einer politischen Union in Europa, sonst werden wir im Wettbewerb mit USA, Indien, China, Russland untergehen.“

Buchmann lässt „Beta-Lab“ schließen

Wirtschaftslandesrat Christian Buchmann lässt das im Herbst 2010 gegründete Impulszentrum „Beta Young Creative Lab“ endgültig zusperrern. Eigentlich sollten im Beta-Lab Talente aus der Kreativwirtschaft weitergebildet werden, doch der Markt hat die angebotenen Dienstleistungen nicht angenommen. Das Land hat das Projekt mit 1,2 Millionen Euro unterstützt. Vom für 2011 geplanten Umsatz von 240.000 Euro wurde nur die Hälfte erreicht. „Der Aufsichtsrat sieht keine realistische Chance, dass die vorgegebenen strategischen und kaufmännischen Ziele in absehbarer Zeit erreicht werden“, stellte Buchmann klar. Er beauftragte die SFG damit, gemeinsam mit den Fachhochschulen, der Interessenvertretung der Kreativbranche und möglichen Investoren aus der Wirtschaft andere Modelle zu entwickeln, um die Entwicklung des Kreativstandorts Steiermark auch in Zukunft bestmöglich zu unterstützen.



Keine Baustellen im Tourismus

Für LH-Vize Hermann Schützenhöfer gibt es trotz seines 60. Geburtstages derzeit politisch nicht nur Grund zur Freude. Denn Schützenhöfer leidet mit, wenn er angesichts der tristen Budgetsituation Kürzungen und Einschnitte verantworten muss. Auch die ÖVP-internen Widerstände gegen Reformen wie jene im Gemeindebereich werden nicht wirklich weniger. So richtig heil ist die Welt jedoch im Tourismus-Ressort. Für den Sommer 2012 erwartet Schützenhöfer, die Rekordwerte der vergangenen Jahre halten zu können. Dazu beitragen sollen einige Kooperationen mit der Deutschen Bahn, mit der man ein eigenes Portal für Verbindungen von Frankfurt und Saarbrücken in die Steiermark betreibt.

Edlinger-Ploder verhandelt über Privatisierung des LKH West

Das LKH West in Graz-Eggenberg, das erst vor wenigen Jahren eröffnet wurde, steht vor der Übernahme durch die Barmherzigen Brüder. Für die steirische Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder spielt es keine Rolle, wer ein Krankenhaus betreibt, solange die Versorgung gewährleistet ist: „Wenn die Ordensspitäler weiterhin im öffentlichen Auftrag tätig sein wollen, dann müssen sie sich in die Gesamtversorgung einbringen.“

Wie durch die Auslagerung eines Krankenhauses Beiträge zur Budgetkonsolidierung erbracht werden können, erklärt sich möglicherweise in der Struktur des Steirischen Krankenhausbudgets, bei dem etwa 70 % der Kosten für das Personal anfallen. Im Gegensatz zur KAGes beschäftigen die Ordensspitäler ihre Mitarbeiter strikt nach den ASVG-Richtlinien – ohne besonderen Kündigungsschutz und sonstige Privilegien des Vertragsbediensteten- oder gar Beamtendienstrechtes. Zumindest für neu aufgenommene Mitarbeiter kann in Zukunft auch im LKH West das ASVG angewendet werden, was mittelfristig – bei der starken personellen Fluktuation, die es im Gesundheitswesen traditionell gibt – zu deutlichen Einsparungseffekten führen wird.

EU sagt Finanztransaktionssteuer ab

Nachdem die EU den deutsch-französischen Wünschen nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer eine klare Absage erteilt hat, weil sich Schweden und Großbritannien Sorgen um den Finanzstandort machen, steckt Bundeskanzler Werner Faymann nun im Dilemma: Abgesehen davon, dass die Regierung im Sparpaket mit jährlichen Einnahmen von

500 Millionen Euro aus dieser Steuer rechnet, kündigte Faymann bis vor Kurzem an, dass Österreich die Transaktionssteuer notfalls auch im Alleingang einführen wolle, falls die EU wider Erwarten nicht mitziehe.

Es wird aber wohl keine Regierungsmehrheit für einen solch irrwitzigen Plan geben, denn die ÖVP hat sich bereits festgelegt, dass eine Transaktionssteuer zumindest die gesamte Eurozone betreffen müsse. Bleibt zu hoffen, dass der Bundeskanzler sich nicht nur von Experten der Wiener Arbeiterkammer wirtschaftlich beraten lässt, sondern auch von Menschen, die ihm vorrechnen können, welche negativen Konsequenzen es für die Wiener Börse und die Kapitalisierung der österreichischen Wirtschaft hätte, wenn das Finanzkapital aus Steuergründen in „sichere Häfen“ wandert.

Fekter: EU misst mit zweierlei Maß

Offiziell als Strafe für seine unsolide Haushaltspolitik entzieht die EU Ungarn auf Beschluss der EU-Finanzminister knapp 500 Millionen Euro an Fördergeldern. Inoffiziell wird jedoch vermutet, dass diese Maßnahme vor allem den ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orban disziplinieren soll, der seit den letzten Wahlen mit einer Zweidrittelmehrheit für seine nationalliberale Partei Fidesz, das Land praktisch im Alleingang umgestalten kann.

Die Beträge sollen ab Jänner 2013 an eingefroren werden. Damit verliert Ungarn als erstes EU-Land wegen eines zu hohen Defizits Geld aus dem Kohäsionsfonds, mit dem vor allem Umwelt- und Verkehrsprojekte finanziert werden sollten. Außerdem droht die EU-Kommission mit einer Klage.

Österreichs Finanzministerin Maria Fekter hatte dieses Vorgehen als einzige kritisiert. Mit Blick auf den milderen Umgang mit Defizitsünder Spanien, dem die Euro-Finanzminister am Vorabend beim Defizitziel entgegengekommen waren, sagte Fekter, sie habe „das Gefühl, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird“.

Moschee baba: Freispruch für Kurzmann

Das Oberlandesgericht hat den Freispruch für den steirischen FPÖ-Chef Landesrat Gerhard Kurzmann wegen „Verhetzung und religiöser Herabwürdigung“ bestätigt. Kurzmann wurde wegen des Moschee-baba-Spiels angeklagt und erstinstanzlich freigesprochen. In dem Webbrowser-Spiel, das vom „Werbeguru“ der Schweizer SVP, Alexander Segert, entwickelt wurde und im Landtagswahlkampf 2010 für große Aufregung gesorgt hatte.



Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer präsentiert blendende Tourismus-Bilanz.



Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder verfolgt neue Sparansätze.



EU-Absage für Bundeskanzler Werner Faymanns Lieblingsprojekt Transaktionssteuer.



Oberlandesgericht bestätigt Kurzmanns Freispruch im Moschee-baba-Spiel-Prozess.

Fotos: Parlamentsdirektion/Wilke, Michael Thurm (3), Robert Frankl (3), Adrian Kenyon



GEZÄHMTER PROVOKATEUR

Christopher Drexler wurde 1971 in Graz geboren, maturierte dort und studierte anschließend Rechtswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität. Seine politische Laufbahn begann er bereits in der Schülerunion. Er war Landesschulsprecher, Landesobmann der JVP, Landessekretär des ÖAAB und ist seit 2000 Abgeordneter des steirischen Landtages. 2003 löste er Reinhold Lopatka als Klubobmann ab und führt dieses Amt bis heute fort.

Vor der Wahl 2010 war Christopher Drexler der Scharfmacher der ÖVP-Fraktion im steirischen Landtag. Seit dem Zusammenschluss der beiden Großparteien versucht der gewiefte Rhetoriker mittels 180-Grad-Wende statt roter Vergeben das »segensreiche Wirken der Reformpartner« zu erklären. Im Fazitgespräch reden wir mit ihm über politische Rhetorik und fehlende Inhalte.

VON MICHAEL THURM

➤ *Herr Drexler, wann haben Sie zuletzt die steirische Landes hymne gesungen?*

Gesungen habe ich sie schon lange nicht mehr, aber oft andächtig zugehört. Ich bin kein so begeisterter Sänger.

Wie steht es um die Nationalhymne?

Das ist noch länger her, es sei denn man meint ...

... »I am from Austria«?

Das ist auch lange her, aber nicht solange wie die Nationalhymne.

Waren Sie dabei betrunken oder wären Sie es gern gewesen?

Daran kann ich mich nicht erinnern.

Stimmt es, dass Sie Kreuzworträtsel in Rekordzeit lösen?

Das habe ich auch in der Zeitung gelesen. Es stimmt, dass ich gern und gelegentlich Kreuzworträtsel löse. Ob ich mit der Zeit im normalen Durchschnitt oder darüber liege, das kann ich nicht beurteilen.

Stimmt es, dass Sie einer der intelligentesten Abgeordneten im steirischen Landtag sind?

Das kann ich noch weniger beurteilen, aber ich wünschte, es wäre so.

Das behauptet zumindest der Standard, der Ihnen sonst nicht sehr gesonnen ist, und auch ihre grüne Kontrabentin Ingrid Lechner-Sonnek attestiert das.

Das mag schon sein. Ich bin jedenfalls gern Parlamentarier und nehme die Arbeit im Parlament ernst. Vielleicht reicht das schon für positive Kommentare.

Was ist Ihnen lieber: gutes Essen oder guter Wein?

Beides.

Am liebsten mit Freunden, Feinden oder Parteifreunden?

Also mit Freunden ist es natürlich am angenehmsten. Aber ich habe auch nichts gegen Parteifreunde. Und gegen Feinde erst recht nicht.

Wozu gehört Ihr Parteichef Michael Spindelegger?

Er gehört sicher nicht zu den Feinden.

Herr Drexler, ist es möglich, mit Ihnen ein einstündiges Interview über Politik zu führen, in dem das Wort »Reformpartnerschaft« nicht vorkommt?

Wenn wir über Nahostpolitik sprechen, ist das sicherlich möglich. Wenn wir über Politik reden, wird es sich nicht vermeiden lassen, die steirische Reformpartnerschaft zu erwähnen.

Ich werde versuchen, Sie daran zu hindern. Sie gelten ja als größtes rhetorisches Talent der Steiermark ...

Ich werde hier mit Lobeshymnen umrankt ...

Ach, Schmeichelei ist doch auch eine scharfe Waffe.

Als Parlamentarier sollte man die etymologische Herkunft des Wortes »Parlament« kennen und danach ist Reden und Parlament eng miteinander verbunden. Deshalb ist es fast notwendig, die gesprochene Sprache als Instrument zu erkennen. Manche meinen, dass ich da ein besonderes Talent habe, das freut mich sehr.

Was ist Ihre Lieblingsfloskel?

Da müsste man jetzt andere fragen, denn wenn man etwas besonders oft verwendet, fällt es einem selbst am allerwenigsten auf. Ein Blick in die stenografischen Protokolle des Landtages gibt da sicherlich beste Auskunft.

Ich habe zwei zur Auswahl: In der letzten Legislaturperiode war es der »derzeit amtierende Landeshauptmann«, aktuell ist es der »sozialindustrielle Komplex«. Auf welche Floskel sind Sie besonders stolz?

Der sozialindustrielle Komplex ist doch wirklich eine treffliche Beschreibung. Zum einen weist er darauf hin, dass wir im Sozialbereich einen zunehmend professionalisierten Bereich haben – das ist von vornherein noch nicht schlecht. Die meisten der dort angesiedelten Trägerorganisationen, Vereine und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) erwecken aber den Anschein, im großen Besitz allwissender Wahrheit zu sein, und das verbindet sie naturgemäß auch mit den Grünen. Und ich finde, diese Organisationen könnten auch zugeben, dass sie in diesem professionalisierten Bereich auch viel Geld verdienen – ich sage noch nicht, dass dort große Gewinne gemacht werden.

Die floskelbafte Kurzform dieser Erklärung ist wesentlich boshafter.

Eine gewisse Boshaftigkeit ist da versteckt, weil es an den militä-

risch-industriellen Komplex erinnern soll. Und das ist offensichtlich einigen führenden Exponenten aufgefallen. Aber es ist eine bewusste und heitere Boshaftigkeit.

Jetzt haben Sie den zweiten Begriff des »derzeit amtierenden Landeshauptmanns« ignoriert. Auch der war damals boshaft. Im Grunde genommen ist es ja eine Tautologie ...

... ohne Frage. Er ist auch jetzt der derzeit amtierende Landeshauptmann. Wenn manche gemeint haben, dass es besonders auf das Ablaufdatum des Politikers Franz Voves hätte hinweisen sollen, werden sie damals wohl recht gehabt haben. Aber in der Demokratie ist Macht immer nur auf Zeit geliehen, daher könnte man bei jedem demokratisch legitimierten Organ diese Floskel hinzufügen.

Sie sind der derzeit amtierende Klubobmann der ÖVP, was haben Sie zuletzt aufs Schärfste zurückgewiesen?

Ich weise auch gern auf das Schärfste zurück, das ist richtig. Derzeit amtierend ist auch richtig, allerdings bin ich auch mit Abstand der am längsten dienende Klubobmann der ÖVP, daher lote ich die Floskeln auch etwas aus.

Zuletzt aufs Schärfste zurückgewiesen habe ich wohl irgendeine Kritik der Grünen, der Freiheitlichen oder der Kommunisten, mit der sie das segensreiche Wirken der Reformpartnerschaft mit untauglichen Mitteln, jedenfalls aber untauglichen Argumenten schmälern wollten.

Jetzt haben wir die Reformpartnerschaft doch nicht vermeiden können. Wechseln wir also zu schwierigen Fragen: Was haben Sie zuletzt verschwiegen?

Ich glaube, ich habe in letzter Zeit sehr viel geschwiegen, ich spreche ja kaum noch im Landtag.

Teilen Sie die These, dass Politiker neben den Journalisten die größten Verschwäger sind?

Ich würde mir gelegentlich wünschen, dass es verschwiegene Politiker gäbe. Würde es ein Seminar für Verschwiegenheit geben, würde ich es weiten Teilen der Bundesregierung und der Opposition empfehlen. Es wird viel zu viel, mit viel zu wenig Sachkenntnis und immer relativ schrill argumentiert.

Wenn Sie vom sozialindustriellen Komplex sprechen, verschweigen Sie ja auch, dass dies die Parallelentwicklung zur Freunderlwirtschaft in Politik und Wirtschaft ist. Innerhalb der eigenen sozialen Gruppe wird sich geholfen und wenn es Möglichkeiten gibt, Geld zu verdienen, wird dies gemacht. Und damit spielt in beiden Fällen der eigene Vorteil eine entscheidende Rolle. Mit dem Unterschied, dass die Freunderlwirtschaft, wenn man zumindest zum Teil dem glauben kann, was im Korruptionsausschuss diskutiert wird, weit über das hinaus geht, was im sozialindustriellen Komplex passiert.

Manches von dem, was dort gerade besprochen wird, ist unfassbar und erschütternd. Für die österreichische Innenpolitik wird die nächsten zwei Jahre eine der großen Aufgaben sein, dort Aufräumkommando zu spielen. Wie sich mediokre Persönlichkeiten hier offensichtlich bedient haben und willfährige Partner in der staatsnahen und privaten Wirtschaft gefunden haben, muss aufgeklärt werden. Hier ist ein Sittenverfall sichtbar geworden, den wir nicht hinnehmen können. Ich kann aber auch nicht hinnehmen, dass wir

im Sozialbudget der Steiermark Steigerungsraten von 17 Prozent pro Jahr haben. Das kann sich niemand leisten.

Aber ist die Ursache nicht ähnlich? Finanzielle Leistungen werden von jedem Ziel und Sinn entkoppelt und jeder versucht sich und seinem sozialen Umfeld ein möglichst gutes Überleben zu sichern. Und manche haben da offensichtlich höhere Ansprüche an ein gutes Leben.

Das wäre nur menschlich, ändert aber nichts daran, dass es dort entschlossenes Handeln braucht. Der Politiker ist nichts anderes als der Treuhänder der Steuerzahler. In dieser Funktion muss ich einen hohen Sorgfaltsmaßstab anlegen können und dazu gehört es, sorgsam mit den treuhänderischen Mitteln, den Steuern, umzugehen. Das gilt für die Korruption, die eine Vernichtung von Volksvermögen ist, und das gilt für Laisser-faire-Politik. Denn nachlässiger Umgang mit öffentlichen Mitteln ist ebenfalls Vernichtung von Volksvermögen.

Sie haben gesagt, Politiker sind Treuhänder der Bürger – im Moment gilt doch wohl eher, dass sie es sein sollen. Wie groß schätzen Sie den Anteil jener Korruptionsvorwürfe, die sich durch den Untersuchungsausschuss oder die Staatsanwaltschaft bestätigen werden?

So eine Schätzung will ich gar nicht abgeben. Ich halte es für außerordentlich problematisch, dass ein notwendiges Instrument des Rechtsstaates, nämlich die Unschuldsvermutung, von selbst-ernannten Experten in den Dreck gezogen wird. Daher sage ich nicht: Grasser ist schuldig oder Strasser ist schuldig. Sondern es muss aufgeklärt werden. Sicher, manche erscheinen in besonders schrägem Licht, aber ein Mindestmaß an rechtsstaatlicher Sorgfalt und eine Justiz, die frei von Zurufen arbeiten kann, erwarte ich mir auch für die Republik Österreich.

Die letzte Nachricht vor diesem Gespräch bestand darin, dass die Staatsanwaltschaft gegen Ihren Parteifreund Werner Amon ermittelt. Bekommt man angesichts dieser um sich greifenden Vorkommnisse auch selbst Angst, dass man einmal auf den Radar der Justiz kommen könnte?

Da durchbreche ich jetzt meinen gerade festgelegten Grundsatz, aber ich glaube, an der Amon-Angelegenheit ist wirklich nichts dran. Natürlich sind Politiker immer in einer exponierten Position. Unser Handeln wird immer von den Medien diskutiert und kommentiert. Das weiß auch jeder, der in die Politik geht ...

Aber es ist ein Unterschied, ob Medien kritisieren oder eine Staatsanwaltschaft ermittelt.

Ich gehe davon aus, dass alle, die das politische Geschäft ernst nehmen, möglichst nicht mit dem Gesetz in Konflikt geraten wollen. Ausschließen kann man es nie, ein Fahrlässigkeitsdelikt schon mal gar nicht.

Dann verlassen wir das Feld der Korruption und wenden uns dem normalen Geschäft zu. Was kann ein Politiker noch sagen, ohne Widerspruch hervorzurufen?

Also ich kann sagen: »Mein Name ist Christopher Drexler«, und da wird mir niemand widersprechen können. Aber natürlich, die politische Landschaft wird zunehmend heterogener, die Debatte gewinnt an Tempo und wird hitziger. Widerspruchsfreie Grundwahrheiten sind relativ schwer zu postulieren, das stört mich aber nicht weiter. Gefährlich wird es, wenn es überhaupt nicht mehr gelingt, Mehrheiten zu finden. In der Demokratie sind nicht die reine Leh-



re und die absolute Wahrheit entscheidend, sondern auch, ob ich für eine Position oder ein Vorhaben eine demokratische Mehrheit finde. Nur dann kann ich Politik auch tatsächlich betreiben. Das wird zunehmend schwieriger. Deswegen – und jetzt ist noch keine Stunde um – ist die steirische Reformpartnerschaft beispielsweise ein sehr gutes Modell, weil wir dort mit einer breiten Mehrheit agieren können.

Das zwingt automatisch zu Kompromissen. Ist ausbleibender Widerspruch nicht längst das Maximum an Zustimmung?

Das glaube ich nicht. Wir können für vernünftige Anliegen auch immer wieder Zustimmung aus den verschiedensten politischen Lagern gewinnen. Wir erleben in der österreichischen Innenpolitik eher einen Mangel an widerspruchsfähigen Aussagen. Anders gesagt: Wo kein Inhalt, da kein Widerspruch. Es sind ja nur Ersatzscharmützel, die irgendwo stattfinden. Das ist schrilles Geplärre, aber keine inhaltliche Debatte.

Vermissen Sie rhetorische Gegner auf Augenhöhe?

Nein, das wäre überheblich.

Was haben Sie dagegen überheblich zu sein?

Ich verwehre mich gar nicht sonderlich dagegen, wenn es passt, kann man auch überheblich sein, aber es ist keine besondere Tugend. Aber zurück zur Frage: Ich vermisse einfach eine politische Debatte jenseits von irgendwelchen tagesaktuellen Geplänkeln. Wo findet eine ernsthafte Debatte darüber statt, wie der Staatshaushalt in Zukunft ausschauen soll? Nicht nur an welchen Schraubchen gedreht wird, sondern: Was ist Aufgabe des Staates? Wie gehe ich auf den demografischen Wandel ein?

Jetzt werde ich wider Willen zum Verteidiger des Fernsehens – dort finden neben den tagesaktuellen Diskussionen auch immer wieder grundsätzliche Debatten statt. Ich kann mich nicht erinnern, Sie dort einmal gesehen zu haben.

Zum einen mangelt es mir an Einladungen, zum anderen habe ich bei den Einladungen, die kamen, immer keine Zeit gehabt. Aber ich meine ja noch gar nicht so sehr die öffentliche Diskussion. Politiker sollten erst einmal selbst wissen, wovon sie reden, und nicht nur in fernsehtauglichen Formaten diskutieren. Das ist aber in einer politischen Landschaft, in der viele außer ihrer eigenen Person keinen weiteren Inhalt haben, eher schwierig.

Welche Beleidigung eines politischen Gegners haben Sie als Auszeichnung erfahren?

Ich kann mich an gar nicht so viele Beleidigungen erinnern.

Fällt Ihnen eine ein, die Sie persönlich getroffen hat?

Ja, aber was heißt »getroffen«. Ich bekenne mich zur zugespitzten politischen Debatte und da kann man durchaus einmal ausloten, wie weit man gehen kann. Und wer austeilt, der muss beim Einstecken dann nicht kleinlich sein. In der offiziellen politischen Debatte würde mir nichts einfallen, aber ich finde manche sprachliche Bilder nicht treffend. Wenn man zum Beispiel von Kettenhunden spricht ...

Als solchen hat Sie der damals und heute amtierende Landeshauptmann bezeichnet.

... dann halte ich das schon aufgrund des historischen Kontextes für kein besonders klug gewähltes sprachliches Bild. Aber selbst das ist noch nichts im Vergleich zu dem, was sich in manchen Internetforen abspielt.

Lesen Sie etwa, was dort über Sie geschrieben wird?
Außerordentlich selten.

Haben Sie und Franz Voves sich jemals beieinander entschuldigt?
Nein, das war auch nicht unbedingt nötig, weil das ja keine persönlichen Beleidigungen waren. Vieles, was in den Jahren vor der letzten Wahl stattfand, gehörte auch zu gewissen Rollen und Inszenierungen. Auch wenn das für den Beobachter schwer zu glauben war.

Vermissen Sie ihre alte Rolle manchmal?
Na wirklich nicht.

Dürfen Sie mir sagen, dass Sie als Politiker nicht genug verdienen?
Ich dürfte es freilich, insbesondere wenn ich dieser Meinung wäre. Ich bin es aber leid, von den Vertretern des politischen Freilichtmuseums namens KPÖ im Landtag immer wieder die gleichen Anträge zu hören, man möge doch die Politikergehälter halbieren, dritteln oder vierteln. Keine Ahnung, was gerade der aktuelle Forderungsstand ist.

Im Moment geht es erst einmal darum, sie nicht zu erhöhen.
Bei denen geht es schon immer ums Reduzieren. Ich sage: Ich bin mein Geld wert und darauf lege ich Wert. Ich jammere aber auch nicht wie manche, dass die Politiker ach so niedrige Gehälter be-

kommen. Tatsache ist, dass wir in der Steiermark den Rahmen des Bundesbezügebegrenzungs-BVG, umgangssprachlich bekannt als Bezügepyramide, nicht ausschöpfen. Das heißt, ein steirischer Landespolitiker verdient weniger als ein niederösterreichischer. Und das ist sicher nicht gerechtfertigt.

Vor dem Hintergrund der Bestechlichkeit, die wir diskutiert haben: Verdienen Politiker genug, um Angebote aus der Wirtschaft abzulehnen?
Ich denke schon. Das ist ja eher eine grundsätzliche Frage des Charakters. Ich denke nicht, dass die Gehälter so niedrig angesetzt sind, dass der durchschnittliche Politiker in den Bereich der Korruption gerückt wird. Definitiv nicht. Wir sind ausreichend gut versorgt. Man kann natürlich der Meinung sein, dass wir im Vergleich zu Spitzenpositionen in anderen Bereichen nicht über Gebühr bezahlt sind, aber ich würde nirgendwo eine existenzielle Notwendigkeit sehen, in die Korruption abzugleiten.

Worin bestand das letzte Angebot, das Sie abgelehnt haben?
Es gibt diese regelmäßigen Angebote gar nicht.

Haben Sie einmal einen Vorteil gewährt?
Jeder, der in der Politik ist, hat schon versucht jemandem zu helfen. Das ist zu einem Gutteil auch Inhalt der Politik. Schwierig wird es erst, wenn es durch Vorteilsannahme oder Ähnliches in juristische Grauzonen abgeleitet.

Das heißt, die Welt ist gar nicht so kriminell, wie wir alle glauben?
Auf jeden Fall. Ich bin mir auch nicht sicher, ob das überhaupt das öffentliche Bild ist, oder ob das nicht eher ein Zerrbild der veröffentlichten Meinung ist.



Mit der Industrie – das bedeutet
285.000 Arbeitsplätze,
die direkt und indirekt durch die

Industrie

gesichert werden. Das sind mehr als die
Hälfte aller steirischen Arbeitsplätze.

Nur mit der Industrie ist
die Steiermark komplett.

iv INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
STEIERMARK

Ist Lügen eine rhetorische Qualität?

Lügen ist überhaupt keine Qualität, aber die Menschheit lügt.

Sie auch?

Mir soll niemand erzählen, dass er noch nie gelogen hat.

Lügen Sie aus politischem Kalkül heraus?

Also die Lüge gehört nicht zu meinen politischen Werkzeugen und ich hoffe, in meinem politischen Wirken möglichst frei von Lügen zu sein.

Ist Wahrheit zumutbar?

Das, was mit zumutbarer Wahrheit meist gemeint ist, auf jeden Fall. Ja, wir können sagen, dass wir das Pensionsalter heraufsetzen müssen, weil wir nicht jedes Jahr mehr ausgeben können. Was man hier verschweigt, wäre eine Lüge, und das hätten die Bürger nicht verdient.

Auch wenn man gewählt werden will?

Natürlich fragt man sich das manchmal, wenn Regierungen abgestraft werden, weil sie notwendige Reformen durchgesetzt haben. Da kann schon der eine oder andere daran verzweifeln sein. Unterm Strich glaube ich das aber nicht. Und die Zustimmung zu unseren Reformen liegt weitestgehend über der Zwei-Drittel-Marke.

Ihr Parteifreund Christian Buchmann meint: Mehrheit ist Wahrheit. Zumindest in der Politik. Ist die Mehrheit Voraussetzung oder Folge »richtiger Politik«?

Das will ich gar nicht so genau festlegen. Regierungen müssen den Mut haben, an Tabus zu rütteln. Das Oppositionsgeschäft, das ich

immer mal gern betrieben hätte, ist ja die Luxusvariante von Politik. Man kann alles und jedes tun, hat aber nichts zu verantworten. Mut, Entschlossenheit und Mehrheit, das sind die Dinge, die man in der Politik braucht. Mir nützt die größte Mehrheit nichts, wenn ich lauter Zögerlinge an der Spitze der Regierung habe. Mir nützt der größte Mut nichts, wenn ich keine Mehrheit bekomme, und es hilft auch nichts, wenn mir dann die Entschlossenheit fehlt, das Mutige und Mehrheitsfähige umzusetzen.

Sie wären gern mal in der Opposition gewesen. Gilt das immer noch?

Das kann in einer Demokratie schon immer noch passieren, aber ich verhehle nicht, dass da auch eine gewisse Koketterie dabei ist.

Sehen Sie sich selbst gern auf Fotos?

Ja und nein. Ich könnte sagen, dass es aufs Foto ankommt. Aber man nimmt das mit der Zeit gar nicht mehr so sehr wahr, weil es zum politischen Geschäft gehört.

Wie sehen Sie sich lieber: beim Händeschütteln oder Lächeln?

Ich glaube, da gibt es bei beidem nicht allzu viele Bilder von mir.

Denker- oder Rednerpose?

Bei nicht gestellten Bildern, also während einer tatsächlichen Rede, ist die Gefahr relativ groß, dass man in einem Moment etwas blöd aussieht. Da ist man dann dem Fotoredakteur ausgeliefert. Beim Nachdenken ist das etwas einfacher.

Herr Drexler, vielen Dank für das Gespräch.



KIA MOBILISIERT UNTERNEHMEN

KIA BRINGT SIE FLOTT & MIT FLAIR ZU JEDEM KUNDEN!



ab € 11.490,-

Ein Kia ist der ideale Firmenwagen für jedes Unternehmen, weil Qualität mit der Fahrt zu Ihren Kunden beginnt. Mit 7 Jahren Werksgarantie bleiben Sie immer auf der sicheren Seite.

INITIATIVE KMU:

- ➔ KIA KÜMMERT SICH UM IHRE MOBILITÄT, DAMIT SIE MEHR ZEIT FÜR IHRE KUNDEN HABEN
- ➔ KIA UNTERSTÜTZT AB DEM 1. FIRMIENWAGEN
- ➔ KIA BIETET DESIGN UND FAHRFREUDE AB DEM 1. FIRMIENWAGEN

CO₂-Emission: 200-99 g/km, Gesamtverbrauch: 3,8-8,4 l/100km

Symbolfoto, Satz und Druckfehler vorbehalten. Unverbindlicher nicht kartellierter Richtpreis inkl. MwSt. und Nova.
*) 7 Jahre/150.000km Werksgarantie.

www.kia.at



robinson
8021 Graz, Kärntnerstraße 30, Tel.: 0316/780-0, www.robinson.at

Über 100 Jahre Mobilität

Zur Lage

(46)

Über den Iceman, über Eventmovies, über Wikipedia und Sprachblasen sowie nichts über die Politik.

VON CHRISTIAN KLEPEJ



Das Institut für Mumien und den Iceman heißt doch tatsächlich Institut für Mumien und den Iceman. Dieses im südtirolerischen Bozen beheimatete Institut gibt es schon seit 2007 und sein kauderwelscher Name ist mir eingefallen, als im ORF der (Pappnosensagen auch gerne »das«) Eventmovie »Ice. Der Tag, an dem die Welt erfriert« zu sehen war. Im ersten Schreck habe ich die Kreativen, denen dieser Dummtitel eingefallen ist, innerlich verteidigt: »Eis. Der Tag, an dem die Welt erfriert« kommt halt nicht ganz so cool rüber wie »Ice. Der Tag, an dem die Welt erfriert«. Nur, als ich mich meiner Jahre im Amerikanischen entsann, fiel mir ein, es gibt wohl nur wenige Wörter, die phonetisch so ähnlich lauten wie Ice und Eis. Egal.

Nicht dass Sie mir jetzt glauben, ich würde hier einen puristisch anmutenden Deutschtümelei das Wort reden! Nein, seit ich nämlich vor zwanzig, dreißig Jahren in der Wikipedia zu Maribor doch wirklich Marburg

»Am Ende des Tages« ist auch so eine Leerfloskel, für die in diesem Text kein Platz mehr war.

gesagt (vielmehr geschrieben) hatte und mich die darauffolgende Flut an »Wir brauchen keine Nazis in der Wikipedia«-Mails zu einem Laibach hat gar nicht kommen lassen, bin ich da eines besseren belehrt. Da halte ich es, wie hier schon oft erläutert, wie mit Halloween: Schlimmer, als Halloween in unseren Breiten zu feiern, ist lediglich, sich darüber aufzuregen, dass Halloween in unseren Breiten gefeiert wird. Und, ja, so sehr gehe ich mit der Zeit, meinen Enkeln werde ich wahrscheinlich schon höchstpersönlich einige Süßigkeiten zustecken, wenn diese dann verkleidet mich besuchen werden. Hauptsache, sie besuchen mich. Es ist ganz was Anderes: Es geht mir einfach furchtbar

auf den Sack! Ich entschuldige mich hier bei meiner Frau und bei allen Leserinnen für diese verbale Entgleisung, aber meinen Ärger über die so oft so flachgeistige Leersprache kann ich nicht anders ausdrücken.

Es geht mir ja gar nicht darum, dass an die 80 Prozent aller Deutschen bei Douglas »Come in and find out« für ein »Kommen Sie rein und finden Sie wieder raus« missdeuten oder schon gar nicht darum, dass nie ein Mensch englischer Zunge jemals Handy zu einem Mobiltelefon gesagt hat. Es ist mir auch vollkommen egal, dass der amerikanische Fast-Nahrungs-Marktführer hierorts mit »I am loving it« wirbt oder derorts mit der (inhaltlich halt leider lauwarmen Übersetzung) »Ich liebe es«. Nein, es sind natürlich nicht die Anglizismen oder Fremdwörter, die derzeit beinahe ausschließlich aus dem Englischen kommen; das ist Sprache und Sprache verändert sich. Das soll so sein, das werden Sie und ich nicht aufhalten. Es ist das hirnlöse Gebrabbel, das immer mehr

Einzug hält in alle uns umgebenden »Medienräume«. Es sind diese vielen Dampfpeifen von (meist öffentlich-rechtlichen) Programmgestaltern, die es – warum weiß der Himmel – für unschick halten, einen fremdsprachigen Film mit einem deutschen Titel zu versehen.

Gerne schau ich mir »The Big Bang Theory« im englischen Originalton an und unterhalte mich dabei blendend; schau ich es in unserem Fernsehen in einer deutschen Fassung, würde ich halt lieber (und gehaltvoller) »Die Urknalltheorie« mir genehmigen. Und warum das Prequel von John Carpenters (nur Deppenapostrophisten würden Carpenter's schreiben und weil es so viele

Deppenapostrophisten gibt, darf man das wahrscheinlich auch schon wieder) »Das Ding« aus dem Jahr 1984 im Jahr 2012 auf Deutsch »The Thing« heißen muss, verstehe, wer will. Von der guten alten »Grünen Laterne«, die mittlerweile als »Green Lantern« irrlichtert, ganz zu schweigen.

Und mein Groll geht ja viel weiter. Etwa setzen sich neuerdings immer öfter so absolut hirn- wie gehaltlose Wortaneinanderreihungen ohne Bindestrich durch, nur weil irgendwelche PR-Fuzzis denken, das wäre locker und weil sie es in ihren grenzenlosen Reisen durchs weltweite Internet (meistens auf Englisch) so gesehen haben. Die neue Weltläufigkeit ist halt eine sehr virtuelle. Graz Linien ist da ein gutes Beispiel. Abgesehen davon, dass dieser neue Name für die GVB außerhalb des Andreas-Hofer-Platzes unter jeder Wahrnehmungsgrenze liegt, bedeutet er halt leider auch nichts. Nichts Sinnvolles zumindest.

Am schlimmsten aber sind diese sich selbst entlarvenden Worthülsen, mit denen auch Politiker gerne hausieren gehen. Johanna Mikl-Leitner tut mir jetzt fast leid, beispielgebend herhalten zu müssen, aber letzten Sonntag hat sie in der Pressestunde gemeint, dass Österreich »in keinster Weise« ein Überwachungsstaat sei.

Weiß Zasterhanni, wissen alle die »In keinster Weise«-Sager eigentlich, was sie da verzapfen? Haben die ein einziges Mal darüber nachgedacht? In keiner Weise, steht zu befürchten. Sonst wäre denen eingefallen, dass kein Hirn null Hirn bedeutet. Und dass es nicht einmal in der Politik weniger Hirn geben kann als null Hirn.

So richtig ärgern tut mich das alles, weil ich selber auch immer öfter solchen Sprachmüll absondere. Wo soll das enden? Im Übrigen bin ich der Meinung, dass eine große Koalition dem Lande nicht nutzen kann. ■

UND IHR* FAZIT?



Sie wollen das unabhängige Wirtschaftsmagazin abonnieren?
Bestellen Sie Ihr Abonnement einfach im Internet unter fazitmagazin.at/abo
Ein Jahr und zehn Ausgaben für nur 20 Euro.
Das ist Wirtschaft und mehr. Aus dem Süden.

MIST UND musts

KLEPEJS KLEINES
INTERNETTES
SCHAUFENSTER (LIX)



Oscar the Grouch Top
Leibchen von FishnetApparel
ca 33 Dollar (inkl. Transport)
etsy.com

HEISS Ist das ein Hingucker? Und das Top können Sie auch noch kaufen. Unter der Marke »FishnetApparel« bietet eine Amerikanerin handgemachte Damenbekleidung (vor allem Leibchen) im Internetshop »Etsy« an. Dieses Top-Shirt mit Oscar the Grouch (Oskar der Griesgram, bekannt aus der Sesamstraße) als Motiv bietet die Möglichkeit zugleich »cool and hot« auszusehen. Dem schließe ich mich vorbehaltlos an und darf empfehlen rasch zuzugreifen: Es ist nur mehr ein Stück vorrätig!

NASS Das Fahrrad wird immer beliebter als primäres Verkehrsmittel, auch in der Steiermark, und da trifft es sich nur zu gut, dass die deutsche Designschmiede »Donkey« (Esel) dieses wunderbare Utensil für Herrenräder entwickelt hat. Eine Tasche aus einer Leinen-Kunststoffkombination für bis zu sechs Halbliterflaschen. Am ehesten für gutes wie gesundes Mineralwasser geeignet.

Taschen von JumpFromPaper
diverse Designs, Kunststoff
ab 80 Dollar
jumpfrompaper.us



Fahrradtasche
Leinen/Kunststoff, ca. 70 Euro
donkey-products.com



TASCHEN Gibt es ja immer wieder neue für die Damenwelt zu kaufen, jedes Jahr, jeden Monat. Und das Thema LKW-Planen oder andere Recycling-Stoffe ist da schon recht ausgelutscht. Chay Su und Rika Lin stammen beide aus Taiwan, leben jetzt in den Vereinigten Staaten und haben was wirklich Originelles auf den Markt gebracht: Ihre Taschen wirken, als wären sie direkt aus einer Comiczeichnung gefallen, daher wohl auch der Markenname »JumpFromPaper«. Noch wird übrigens nur innerhalb der USA ausgeliefert, sieht man sich aber die hunderten Anfragen aus aller Welt auf der Facebookseite von JumpFromPaper an, wird es nur eine Frage von wenigen Wochen sein, bis auch good old Europe beliefert wird. Lassen Sie sich also nicht von einer Bestellung abhalten, eine E-Mail an die junge Unternehmung wird sicher reichen. Ich garantiere Ihnen: Das Accessoire in diesem Frühjahr! ■

Christian Kracht, gefeierter und gereifter Popliterat, enfant terrible und eigentlich auch relevantester Autor der zeitgenössischen Literatur in deutscher Sprache, hat einen neuen Roman geschrieben. Das ist ein Grund zur Freude. Für das deutsche Feuilleton allerdings ein Grund, seinen Willen zur Debatte unter Beweis zu stellen. So als hätte jemand daran gezweifelt ...

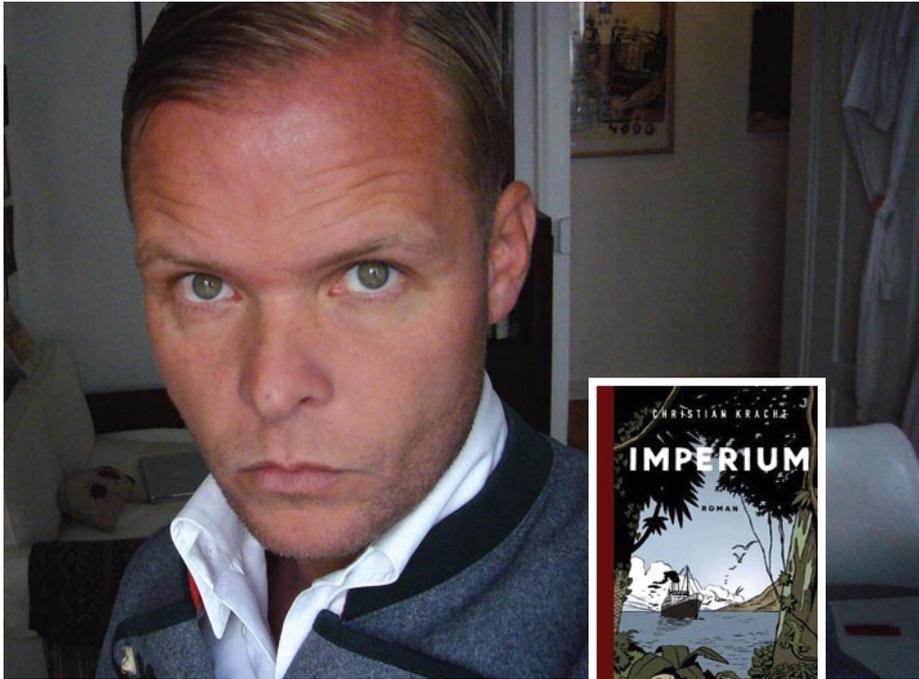
VON MICHAEL BÄRNTHALER

Es begann mit einem Paukenschlag im Spiegel: Krachts neuer Roman *Imperium* sowie sein 2011 veröffentlichter Briefwechsel mit dem amerikanischen Komponisten David Woodard sollten das Material liefern, mit dem Georg Diez den Schweizer Autor – endlich – als (Halb-, Krypto-, Drei-viertel- ...)Nazi zu entlarven hoffte, oder, falls eine subtilere Formulierung gewünscht ist: ihn der berichtigten Nähe zu rechtem *Gedankengut* überführen wollte. Endlich! Denn Kracht war ja – insbesondere natürlich vielen Literaturfreunden, denen man sicherlich eine Nähe zu linkem *Gedankengut* attestieren könnte – immer schon suspekt gewesen, aus einer Vielzahl von Gründen. Also: endlich! Aber dann: Die große Mehrheit der überregional gelesenen Literaturkritiker distanzierte sich, den Roman großteils positiv rezensierend, recht deutlich von der Diez'schen Diagnose, und die Debatte ebte, bevor sie richtig begonnen, auch schon wieder ab. Alles nur ein Sturm im Wasserglas also? Kracht doch kein Nazi? Oder hatte er, den Diez ja eben noch als *Türsteher rechten Gedankenguts* bezeichnet hatte, diese Debatte gewonnen – ja, war das Ergebnis, dass *rechtes Gedankengut* in Deutschland wieder ein Stück salonfähiger geworden war?

Doch reden wir, Fragen der Literatur- und allgemeinen Politik beiseite lassend, über das Buch selbst: Es ist äußerst unterhaltsam, komisch und im ironisch-artifiziellen Thomas-Mann-Stil mit auktorialem Erzähler und allem Pipapo hervorragend geschrieben. Erzählt wird die Geschichte des kokovorischen Aussteigers August Engelhardt zu Beginn des 20. Jahrhunderts, welcher, wie Deutschland, seine Heimat, sich auf der Suche nach einem *Platz an der Sonne* befindet. Diese Suche führt, das ist klar, in den Wahnsinn und nach Hollywood; doch auf eine genauere Inhaltsangabe kann hier verzichtet werden. Auf einer Ebene ist *Imperium* also ein abgründig-humorvoller, grotesker Abenteuerroman, der durchaus auch als eine Art *Dekonstruktion* des Imperialismus

Ästhetischer Totalitarismus

Notizen zu Krachts Imperium



Christian Kracht, Imperium
Roman, Verlag Kiepenheuer & Witsch, 256 Seiten, erschienen im Februar 2012

gelesen werden kann. Wobei überhaupt die Deutungsoffenheit guter Literatur und insbesondere dieses geschickt konstruierten Romans – *contra* Diez und seinen, polemisch gesagt, prästalinistischen Literaturbegriff – zu betonen und *immer wieder* zu betonen wäre. Kunst ist nicht Politik, auch wenn sie immer politisch gelesen werden kann. Der Erzähler ist niemals der Autor. Und so weiter, und so ...

Auf einer anderen Ebene handelt es sich bei *Imperium* freilich auch um eine ganz und gar nicht harmlose *Reise ins Herz der Finsternis*, welche – durchaus konservative – Fragen nach Möglichkeit, Grenze und Wesen der Zivilisation aufwirft, deren Bedrohtheit ja nicht immer nur von *Nazis* herrührt. Es handelt sich um eine Reise, die auch hinführt in einen ästhetischen Totalitarismus, welcher zumindest in einem Verhältnis der Widerspenstigkeit sich befindet zu jenem Exportschlager der *US Army*, den böse Zungen vielleicht einen liberalen *Totalitarismus des Guten* nennen möchten. Was Thomas Assheuer in der Zeit dazu schreibt, ist nicht falsch, obwohl *Imperium* auch von ihm – wengleich auf kompetentere Weise

als von Diez – zu stark vereindeutigend gelesen wird. Kracht spielt auf einer gewissen Ebene natürlich mit politisch *rechten Ideen*, Stimmungen, Ideologemen; auch diese sind es, die dem Roman Farbe geben, ihn interessant machen. Ein ästhetischer Totalitarismus, der zwar nicht harmlos, aber wenigstens auch nicht dumm ist, muss eben Welt sich bedingungslos einverleiben und kann auf kleingeistige Vorschriften feuilletonistischer Anstandswauwau nicht immer Rücksicht nehmen. Im rotzigen Stil von Krachts Debütroman *Faserland* könnte man, auf Letztere gemünzt, hinzufügen: *SPD-Nazis!* Also: Lesen Sie *Imperium*, und wenns sein muss, auch den Spiegel, aber verwechseln Sie Kunst nicht mit – politisierender – Kunstkritik. Denn Letztere erweist sich – ebenso wie, Adorno zufolge, die Kunstbegeisterung – des Öfteren als durchaus kunstfremd. ■

KALENDERWERTIG

OPER GRAZ

Opernbrunch, 1.4.
Ein Walzertraum, 1.4.
Gigi, 3.4.
Maria Stuarda, 5.4.
Gastspiel: Shadowland, 11.4.
Führung hinter die Kulissen, 14.4.
Gastspiel: Rock the Ballet, 11.4.
Deal.West.East, 24.4.
Chinanite, 25.4.
Tanz Nite, 25.4.
Elektra, 26.4.

SCHAUSPIELHAUS GRAZ

Ein Sommernachtstraum, 1.4.
Darf ich bitten?, 1.4.
Rechnitz (Der Würgeengel), 3.4.
Demokratie, Die Show, 3.4.
Kinski - Eine Zustandsbeschreibung, 4.4.
Actors' BarR, 4.4
Die Dreigroschenoper, 11.4.
Minna von Barnhelm, 12.4.
Weibsstücke, 12.4.
Don Carlos, 13.4.
Von der Industrie lernen, 13.4.
Nora oder Ein Puppenhaus, 14.4.
Der Untergang des Hauses Wuppertal 14.4.
Biedermann und die Brandstifter, 16.4.
Der goldene Drache, 17.4.
Wanda (UA), 18.4
Werther, 19.4.
Geister in Princeton (UA), 20.4.
Eine Enthandung in Spokane
Stockwerk des Grauens, 20.4.
King A., 21.4.
Arielle von Gibraltar - Confessions of a Mermaid, 22.4.
Phädra, 25.4.
Open Stage, 27.4.
Floh im Ohr, 28.4.
Ist das Lyrik?, 30.4.

VERSTORBEN

Moebius Comic als Kunstform ist im deutschen Sprachraum wenig anerkannt. Einer der wichtigsten Vertreter der frankobelgischen Schule, der Franzose Jean Giraud, schaffte es, sich auch als Künstler über die Grenzen Frankreichs und Belgiens hinaus zu etablieren. Am 10. März starb er im Alter von 73 Jahren in Paris. Unter anderen arbeitete er an der Serie »Leutnant Blueberry«. Unter seinem Pseudonym »Moebius« erlangte er Weltruhm und wurde mit seiner ganz besonderen Science-Fiction-Ästhetik zu einer Ikone des Comics. ■





Tandl macht Schluss!

Allmonatliche Finalbetrachtungen von Johannes Tandl

Aus Sicht österreichischer Unternehmen ist es wichtig, dass ein konkurrenzfähiges Luftfahrtunternehmen mit attraktiven Verbindungen zur Verfügung steht.

Zur Idee der neuen AUA-Eigentümer, das Geschäft an eine Gesellschaft mit günstigerem Kollektivvertrag auszulagern, kann man nur sagen: spektakulär und beeindruckend unösterreichisch. Doch ob es die deutsche Lufthansa den Luftfahrtsbeamten des ehemaligen österreichischen Luftfahrtbeförderungsamtes tatsächlich gezeigt hat, bleibt abzuwarten, denn rechtlich müsste das AUA-Management die betroffenen – monatlich durchschnittlich 13.000 Euro brutto verdienenden – Piloten kündigen, um sie danach wesentlich billiger bei der Tyrolean weiter beschäftigen zu können. Durch eine solche Kündigung würden jedoch die Abfertigungen von 250.000 bis 500.000 Euro pro Betroffenen fällig. Insgesamt wären das mindestens 150 Millionen Euro, die die AUA nicht hat. Schließlich war schon die Neuanschaffung von einigen Airbus 320 zuletzt nur mit einer 100 Millionen Kapital-spritze durch die Lufthansa möglich.

Was die Lufthansa nun mit der AUA vorhat, hat sie vor einigen Jahren die Swissair vorgezeigt. Die ja nach ihrem „Grounding“ in der kleinen Regionaltochter Crossair aufgegangen ist und später zur „Swiss“ wurde. In Österreich soll die Innsbrucker Tyrolean als gesellschaftsrechtlicher Mantel für die neue Austrian erhalten. Dort verdienen Piloten um durchschnittlich 6000 Euro weniger als bei der AUA. Aber auch andere Komponenten des AUA-Kollektivvertrags sind der Lufthansa ein Dorn im Auge. Dazu gehören die 7 Wochen Urlaub das Frühpensionsalter von 56 Jahren und durchschnittlich 12000 Euro Pension.

Eine Insolvenz muss die AUA jedoch vorerst unbedingt vermeiden, denn davon wäre auch die Tyrolean voll betroffen, und wie die österreichischen Strafgerichte auf eine mögliche Konkursverschleppung oder Vermögensauslagerung reagieren, kann niemand vorhersagen. Was das für die Verkehrsrechte der AUA in Länder außerhalb der EU, bedeuten würde, ist ebenfalls völlig offen. Die werden seit jeher zwischenstaatlich geregelt und es wäre leicht möglich, dass der eine oder andere aufstrebende „Carrier“ aus der Golf-Region nicht nur ein Auge auf frustrierte AUA-Piloten geworfen hat, sondern auch gesellschaftsrechtliche Planungen vorantreibt, um als österreichische Fluggesellschaft an die eine oder andere attraktive Verbindung zwischen Europa und dem Nahen Osten oder gar Übersee heranzukommen.

Unter dem Druck der Umgründung erklärten sich die Bord-Betriebsräte jedenfalls mittlerweile bereit, 14 Millionen Euro an Einsparungen im Personalbereich zuzulassen. Den Kollektivvertrag der Tyrolean wollen sie dennoch keinesfalls annehmen. Der Jahresverlust der AUA lag zuletzt aber bei 60 Millionen Euro und insgesamt hat sich ein Konsolidierungsbedarf von 260 Millionen aufgebaut, der so schnell wie möglich abgearbeitet werden muss.

Aus der Sicht der österreichischen Unternehmen ist es wichtig, dass am Ende der Sanierung ein konkurrenzfähiges Luftfahrtunternehmen mit attraktiven Verbindungen in die Exportmärkte zur Verfügung steht. Dazu gehört natürlich auch Versorgung der österreichischen Landeshauptstädte mit Tagesrandflügen zu den Luftdrehkreuzen Wien, München und Frankfurt. Darüber hinaus bieten die aktuellen AUA-Turbulenzen aber auch eine Chance für die Politik: Sie könnte daran mitwirken, dass mehr Fluglinien, die nicht zum Lufthansa-Imperium gehören, als jetzt, an attraktive Slots zu den europäischen Großflughäfen gelangen. Denn die Stärke der Deutschen hat längst zu monopolähnlichen Zuständen geführt, bei denen Anbieter, die nicht zur Lufthansa oder zumindest zur „Star Alliance“ gehören, angeblich so lange mit Billigpreisen unter Druck gesetzt werden, bis sie das Handtuch werfen. Und schon heute klagen Fluggäste, die ihr Ticket von Österreich aus buchen, darüber, dass sie höhere Preise bezahlen würden als Passagiere, die das von Deutschland aus tun. ■

Sie erreichen den Autor unter johannes.tandl@wmedia.at



Wiedersehen macht Freude: Bis bald, auf Ihrem Bankkonto.

Ein Service des Finanzministeriums.

Mit der Arbeitnehmer/innenveranlagung holen Sie sich je nach Ihren individuellen Voraussetzungen Geld zurück. Als Beitrag zum kommenden Urlaub zum Beispiel. Oder für eine kleine Überraschung für Ihre Liebsten. Also, worauf warten Sie? Machen Sie Ihre Arbeitnehmer/innenveranlagung ganz bequem auf www.finanzonline.at! Hilfreiche Informationen und wertvolle Tipps zum Thema finden Sie auf www.bmf.gv.at/anv.



Schon 26 Mal auf der
Häuslbauer-Messe und
immer das gleiche
Ergebnis.



*Mag. Susanne Schneider-Assion
Geschäftsführende Gesellschafterin
ODÖRFER Mein Bad. Meine Heizung.*

Warum man als AusstellerIn immer wieder gern zur **messe|graz** kommt?
Eine säulenfreie und vollklimatisierte Halle mit einer auf bis zu 30.000 m²
erweiterbaren Fläche, modernste Technik, ein faszinierendes architektonisches
Raumkonzept und begeisterte BesucherInnen sind Grund genug.

Das Ergebnis ist immer das gleiche.

T. 0043 316 8088-228
www.mcg.at

messe | graz
stadthalle | graz